



2013 bis 2017 Gute Jahre für das Land

Bericht der Landesregierung
zur 17. Legislaturperiode



Niedersachsen. Klar.

Inhalt

Vorwort	5	Niedersachsen macht sich stark	20
		Starke Wirtschaft – starkes Land	20
Niedersachsen steht gut da – ein Überblick	6	Fachkräftesicherung in Niedersachsen	22
Positive Stimmung in Niedersachsen	6	Das Land als attraktiver Arbeitgeber	22
Viele Beschäftigte, wenige Arbeitslose	6	Chancen des digitalen Wandels nutzen	23
Wirtschaftswachstum, leistungsfähige Industrie und starkes Handwerk	7	Aufstieg durch Bildung	24
Sicheres Niedersachsen	7	Gerechter Zugang zu den Hochschulen und Stärkung des Studienerfolgs	26
Mehr Krippenplätze in Niedersachsen	8	Starke Forschungslandschaft	27
Massiver Ausbau von Ganztagschulen	8	Mobilität und Verkehrsinfrastruktur für die ländlichen Räume	28
Gut aufgestellter Studien- und Forschungsstandort	9	Stärkung der Kommunen und ihrer Finanzlage	29
Mehr Wohnraum für Niedersachsen	9	Steuergerechtigkeit für ein funktionierendes Gemeinwesen	29
Gestärkte Pflege	10	Energiewende und Atomausstieg	30
Gute Breitbandinfrastruktur	10	Potenziale für Klimaschutz genutzt	30
Agrarland Nr. 1 – starke, vielfältige Ernährungswirtschaft in Niedersachsen	11	Sanfte Wende für eine zukunftsfeste Agrarwirtschaft eingeleitet	31
Windenergieland Nr. 1 und Spitzenreiter bei Erneuerbaren Energien	11	Tierschutzplan umgesetzt – Tierrechte gestärkt	31
Solide Finanzen	12	Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher erweitert	31
Niedersachsen ist lebenswert	13	Niedersachsen schützt Natur und Umwelt	32
Lebensqualität und Vielfalt:		Umwelt- und Naturschutz gefördert	32
Niedersachsen lebt in seinen Regionen und Landschaften	13	Artenschutz vorangebracht	32
Kultur ist in Niedersachsen zu Hause	13	Schutz des Wassers verbessert	32
Spitze beim Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger	13	Abfallmanagement und Bodenschutz weiterentwickelt	33
Den demografischen Wandel nutzen	14	Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung gefördert	33
Regionen stärken, Chancen der ländlichen Räume ergreifen	14		
Das Südniedersachsenprogramm – eine erfolgreiche Kraftanstrengung	15	Niedersachsen hält zusammen	34
Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen	15	Generationengerechtigkeit	34
		Gleichstellung der Geschlechter	34
Niedersachsen ist sicher	16	Gute Arbeit und faire Bezahlung	34
So viele Polizistinnen und Polizisten wie nie	16	Starke Gesundheitsregionen	35
Bessere Ausstattung der Polizei	16	Inklusives Niedersachsen	35
Steigende Aufklärungsquote	16		
Prävention und Repression islamistisch-salafistischer Radikalisierung im Blickpunkt	17	Niedersachsen – weltoffen und tolerant	37
Konsequente Bekämpfung von Rechtsextremisten und Demokratiefeinden	18	Starke und lebendige Demokratie	37
Zuverlässige und schnelle Justiz	18	Niedersachsen ist Einwanderungsland	37
		Integration von geflüchteten Menschen	37
		Niedersachsen ist der Welt zugewandt	39

Vorwort



Erneuerung und Zusammenhalt – so lautet das Leitmotiv der Landesregierung. In diesem Sinn hat sich Niedersachsen seit 2013 für eine nachhaltige und zukunftsfähige Politik auf den Weg gemacht. Wir verbinden Chancengleichheit mit wirtschaftlichem Erfolg und ökologischer Vernunft.

Seit 2013 stellt sich die Landesregierung der Herausforderung, gute Bildung zu ermöglichen. Das ist zwar ein langer Weg, der nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Dennoch haben wir einiges erreicht. Wir haben über eine Milliarde Euro zusätzlich in Bildung investiert, die Studiengebühren abgeschafft, die Ganztagschulen massiv ausgebaut und die Schulgeldfreiheit in der Altenpflegeausbildung gesetzlich abgesichert. Niedersachsen hat darüber hinaus viel unternommen, damit die Aufnahme und Integration von schutzsuchenden Menschen gelingt. Wegen der herausragenden Bedeutung für die Integration investieren wir in die Bildung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sowie von Migrantinnen und Migranten.

Auch in anderen Bereichen hat das Land deutlich investiert. Mit dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs verbessern wir beispielsweise die Sicherheit und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes, mehr als eine Milliarde Euro gehen in die Sanierung von Krankenhäusern. Bei all diesen Investitionen für die Menschen in Niedersachsen ist es uns gelungen seit 2016 keine neuen Schulden mehr zu machen. Wir haben erreicht, was in den vergangenen sieben Jahrzehnten oft diskutiert wurde: Zinsen sparen und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes stärken.

Niedersachsen steht gut da: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze steigt. Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist im Bundesvergleich weit fortgeschritten. Und unser Land wird als Urlaubsort immer beliebter.

Unabhängig davon, ob ich Menschen an der Küste oder im Harz treffe, verbindet die Niedersachsen eine hohe Zufriedenheit. Die Hilfsbereitschaft und anpackende Art ist typisch für unser Land. Das überwältigende Engagement von Freiwilligen ist für Niedersachsen kennzeichnend – auch das bestätigen Umfragen. Den vielen Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, gilt deshalb an dieser Stelle mein besonderer Dank.

Die Erneuerung unseres Landes kommt gut voran dank Ihrer Mithilfe – und auch die Menschen in Niedersachsen stehen gut zusammen. Wir werden uns auch in Zukunft für die Sicherung von Demokratie, Freiheit und nachhaltigen Wohlstand einsetzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf vielfältige Weise fördern. Diese Bilanz ist ein Ausschnitt der Arbeit der gesamten Landesregierung. Alle Ressorts haben das Ziel im Blick, ein Niedersachsen für alle zu erhalten. In diesem Sinne werden wir uns weiter für unser Land gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern engagieren.

Ich freue mich darauf!

Ihr

A handwritten signature in blue ink, which reads "Stephan Weil".

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

Niedersachsen steht gut da – ein Überblick

Positive Stimmung in Niedersachsen

Die Niedersachsen sind zufrieden. Im Ranking „Glücksatlas 2016“ der Deutschen Post belegt die Region Nordsee/Niedersachsen zum Beispiel den dritten Platz. Die Evangelische Kirche Deutschlands hat in einer Studie im Herbst 2016 ermittelt, dass im Ländervergleich die Stimmung gegenüber Flüchtlingen in Niedersachsen besonders zuversichtlich ist.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen ist lebenswert“.

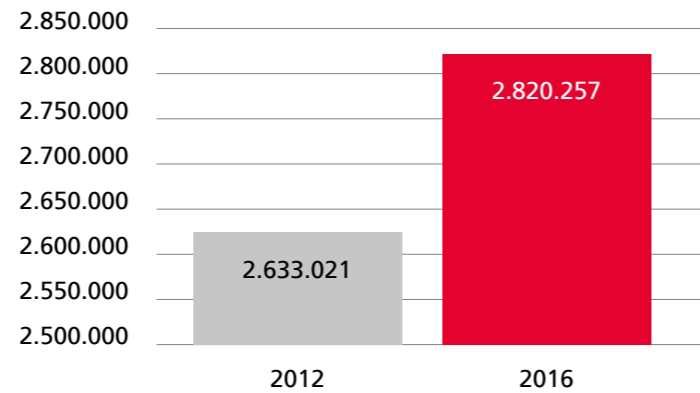
Viele Beschäftigte, wenige Arbeitslose

Im September 2016 hatten in Niedersachsen 2,82 Millionen Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Das sind rund 200.000 mehr als im September 2012.

Gleichzeitig war die Arbeitslosenquote im Jahresschnitt so niedrig wie seit 36 Jahren nicht mehr, so die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit in ihrer Jahresbilanz für 2016.

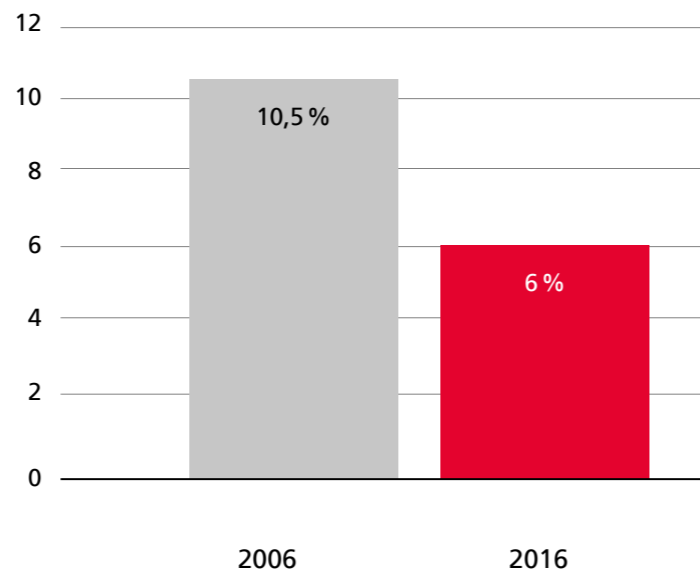
Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

Zuwachs sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Arbeitslosenquote in Niedersachsen (in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wirtschaftswachstum, leistungsfähige Industrie und starkes Handwerk

Nach der jüngsten Umfrage der Industrie- und Handelskammern sowie Prognosen der NordLB blickt die niedersächsische Wirtschaft zuversichtlich in die Zukunft. Die Wirtschaft wächst weiter und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist auf einen erfreulich niedrigen Stand gesunken. In den Jahren 2015 und 2016 stellten jeweils rund 1.850 Unternehmen einen Konkursantrag, rund 460 weniger als noch 2012.

Niedersachsens Industrie steht für fortschrittliche Entwicklungen in der Automobilindustrie, erstklassige Kreuzfahrtschiffe, zukunftsweisende regenerative Energien, hochwertige Lebensmittel, leistungsfähige Biotechnologie- und Medizinprodukte, hochmoderne Maschinen und Anlagen, kreative digitale Lösungen und noch viel mehr. 540.000 Menschen haben ihren Arbeitsplatz in einem der niedersächsischen Industrieunternehmen. Diese erwirtschaften im Jahr rund 203 Milliarden Euro Umsatz, davon 46 Prozent im Ausland.

Stark ist in Niedersachsen auch das Handwerk: Mit seinen rund 83.000 Betrieben mit rund 520.000 Beschäftigten, etwa 47.000 Auszubildenden und rund 50 Milliarden Euro Umsatz ist es für unser Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Auch wenn mit Niedersachsen Weltfirmen wie zum Beispiel Volkswagen, Continental, Tui oder die Salzgitter AG verbunden werden, ist die Wirtschaftsstruktur des Landes stark mittelständisch geprägt. Hier arbeiten fast drei Viertel der Beschäftigten. Der Mittelstand schafft die meisten neuen Arbeitsplätze.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

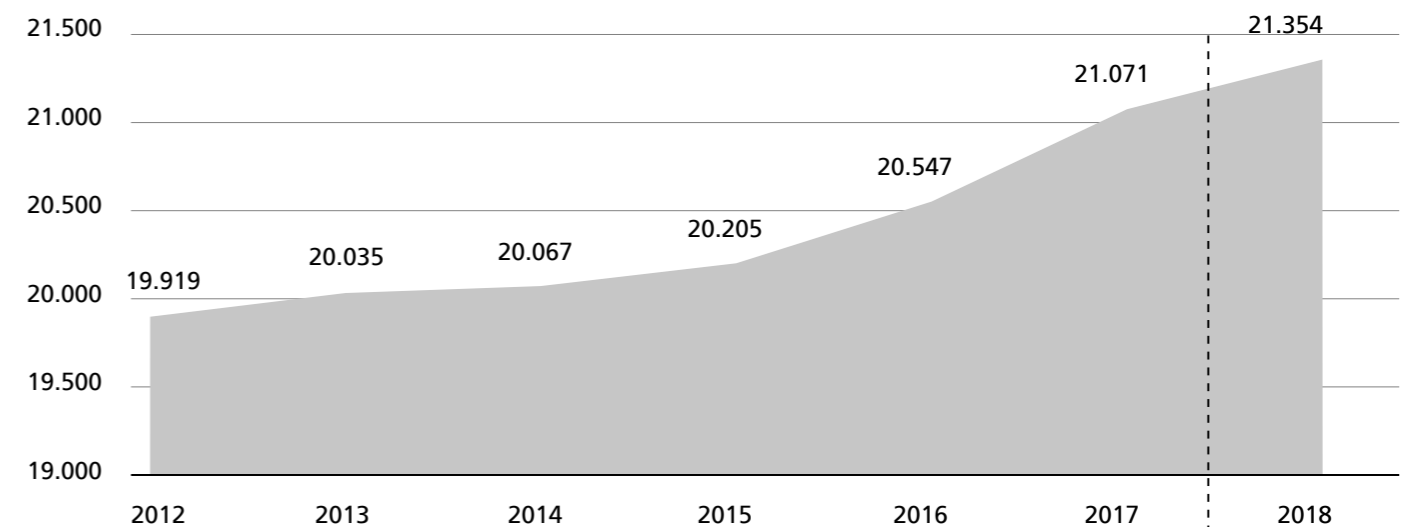
Sicheres Niedersachsen

Es ist eine Kernaufgabe des Staates, für innere Sicherheit zu sorgen. Dabei geht es um die unverzichtbaren Prinzipien einer demokratischen, rechtsstaatlichen und freiheitlichen Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf wirkungsvollen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihres Eigentums durch den Staat. Die Polizei leistet im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols wesentliche Beiträge für das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb hat das Land den Stellenbestand im Polizeivollzug kontinuierlich auf jetzt 21.061 Stellen erhöht. Er befindet sich damit derzeit auf dem Höchststand seit Gründung des Landes Niedersachsen.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen ist sicher“.

Anzahl Stellen Polizeivollzug (inkl. Anwärterinnen und Anwärter)



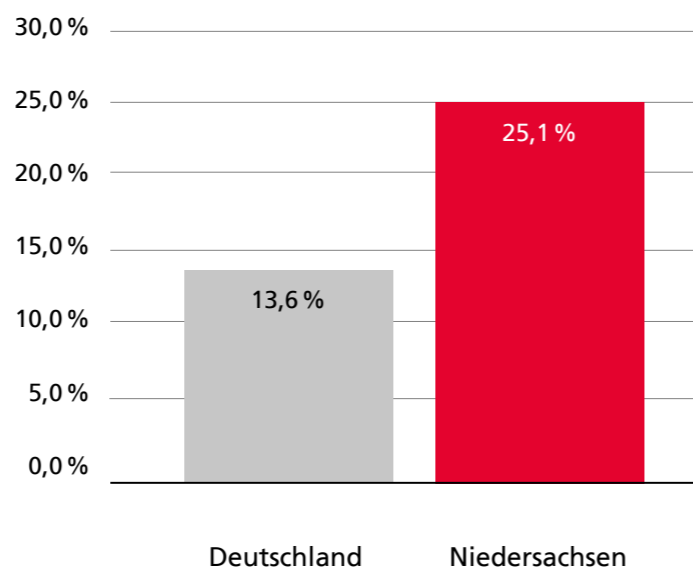
Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Niedersachsen steht gut da – ein Überblick

Mehr Krippenplätze in Niedersachsen

Kinder sollen sich von Beginn an gut entwickeln können. Investiert wurde deshalb insbesondere in den Bereich frühkindlicher Bildung, um der heranwachsenden Generation gute Voraussetzungen für ihren weiteren Lebensweg zu schaffen. Eltern werden außerdem bei der Herausforderung, Familie und Beruf vereinbaren zu können, bestmöglich unterstützt. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land und Kommunen ist es gelungen, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zu erfüllen. Seit 2013 sind mehr als 12.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige neu geschaffen beziehungsweise gefördert worden. In den kommenden Jahren werden bis zu 12.000 weitere Plätze geschaffen. Seit dem 1. Januar 2015 finanziert das Land auch eine dritte Fach- oder Betreuungskraft in Krippengruppen mit mindestens elf belegten Plätzen. Ab dem Jahr 2020 wird die Finanzhilfe für die dritte Kraft dabei ohne Beschränkung auf eine Höchststundenzahl gewährt. Das Land Niedersachsen investiert nicht nur in den Ausbau der Plätze, sondern erhöht durch bessere Personalschlüssel auch die Qualität von Bildung und Betreuung.

Zuwachs an Plätzen mit Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden (2012–2014)



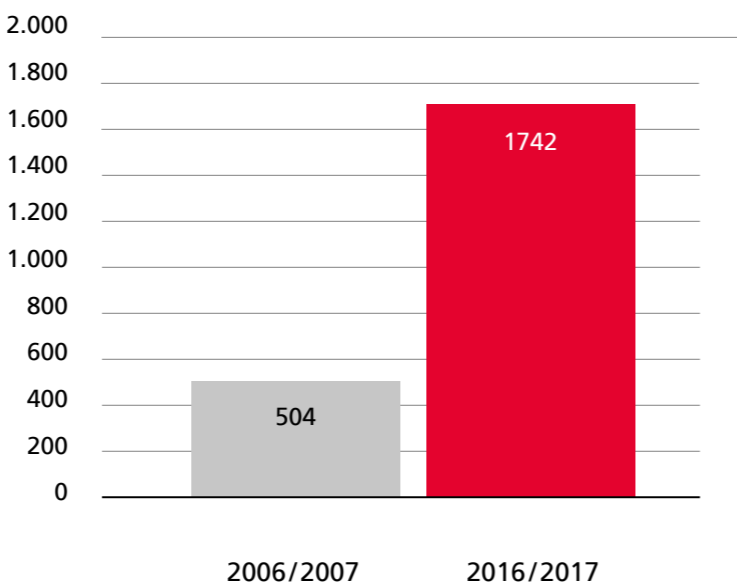
Quelle: Destatis

Massiver Ausbau von Ganztagschulen

Gute Bildung ist Voraussetzung für eine erfüllte Kindheit und Jugend und für eine glückliche, selbstbestimmte Zukunft. Sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und ist Garant für eine gerechte, solidarische Gesellschaft, in der jede und jeder seine Talente frei entfalten und seine Kenntnisse, Erfahrungen und Interessen einbringen kann. Die Landesregierung hat viel in die niedersächsische Bildungslandschaft investiert und mit Augenmaß, aber auch mit mutiger Initiative, die Weichen für die Zukunft gestellt. So wurden zum Beispiel wieder das Abitur nach 13 Jahren eingeführt und Ganztagschulen massiv ausgebaut.

Seit dem Schuljahr 2014/15 haben die Ganztagschulen deutlich erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten und werden hierfür bedarfsgerecht mit mehr Ressourcen ausgestattet. Der Ganztagszusatzbedarf wird nicht mehr klassen-, sondern teilnehmerbezogen zugewiesen. Und der Faktor zur Berechnung des Ganztagszusatzbedarfs wurde zum Schuljahr 2014/15 deutlich angehoben. Damit können erhebliche und notwendige Qualitätsverbesserungen erzielt werden.

Zahl der Ganztagschulen (Schuljahr)



Quelle: Landesamt für Statistik

Gut aufgestellter Studien- und Forschungsstandort

Noch nie haben so viele Menschen in Niedersachsen studiert wie heute. Im Wintersemester (WS) 2016/2017 wurde mit 205.497 Studierenden ein historischer Höchstwert erreicht. Insgesamt konnte die Anzahl der Studierenden in Niedersachsen seit 2013 um 21,1 Prozent gesteigert werden. In der regionalen Betrachtung zeigt sich hierbei ein ausgewogenes Bild.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

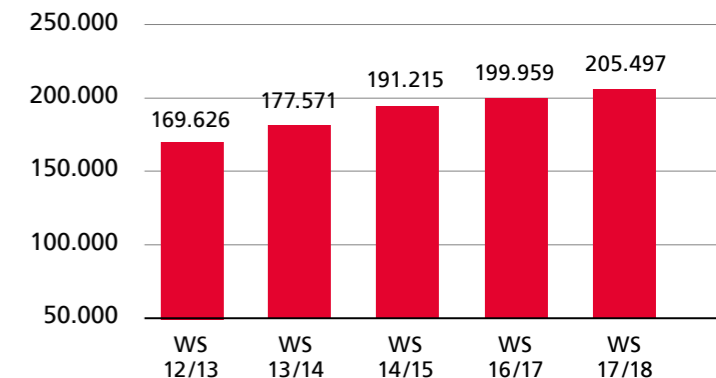
Mehr Wohnraum für Niedersachsen

In den vergangenen Jahren sind große Anstrengungen unternommen worden, um den sozialen Wohnungsbau verstärkt zu fördern. Verbesserungen in den Förderrichtlinien bieten Investorinnen und Investoren eine attraktive Wohnraumförderung an. Erste Erfolge werden bereits sichtbar:

Die Zahl der geförderten Wohnungen hat sich seit dem Jahr 2012 fast verdoppelt und den höchsten Stand seit 2008 erreicht. Mit 113,9 Millionen Euro bewilligten Fördermitteln im Jahr 2016 wurde der Einsatz gegenüber dem Jahr 2012 sogar fast vervierfacht und der höchste Stand seit dem Jahr 1999 erreicht. 2015 war das Interesse an der Förderung so groß, dass die Landesregierung die Mittel um 400 Millionen Euro aufstockte. Gemeinsam mit den Entflechtungsmitteln des Bundes stehen damit bis 2019 über 800 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung.

Anfang 2017 sind die Förderkonditionen nochmals deutlich verbessert worden. Neben der Erhöhung der Grundförderung wurde insbesondere im Bereich des Mietwohnraums eine Förderung mit Tilgungsnachlässen eingeführt, um weitere Impulse für den geförderten Wohnungsbau in Niedersachsen zu setzen.

Studierende in Niedersachsen



Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen

Geförderte Wohnungen

Jahr	Geförderte Wohnungen	Bewilligte Mittel (in Mio. Euro)
2012	882	29,6
2013	896	31,2
2014	1415	66,6
2015	1046	61,8
2016	1671	113,0

Niedersachsen steht gut da – ein Überblick

Gestärkte Pflege

Die Versorgung durch ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen hat sich verbessert. Im ambulanten Bereich ist die Zahl der Pflegekräfte von 2013 bis 2015 um 3.550 angestiegen. Auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege stieg in den vergangenen Jahren. Das Personal in den Heimen hat sich von 75.691 im Jahr 2011 auf 85.225 Pflegenden im Jahr 2015 erhöht. Das Land hat die Ausgaben für die Pflege seit 2012 deutlich intensiviert. Wurden im Jahr 2012 landesweit noch 157 Millionen Euro für die Pflege in Niedersachsen ausgegeben, sind es in diesem Jahr rund 187 Millionen Euro.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen hält zusammen“.

Gute Breitbandinfrastruktur

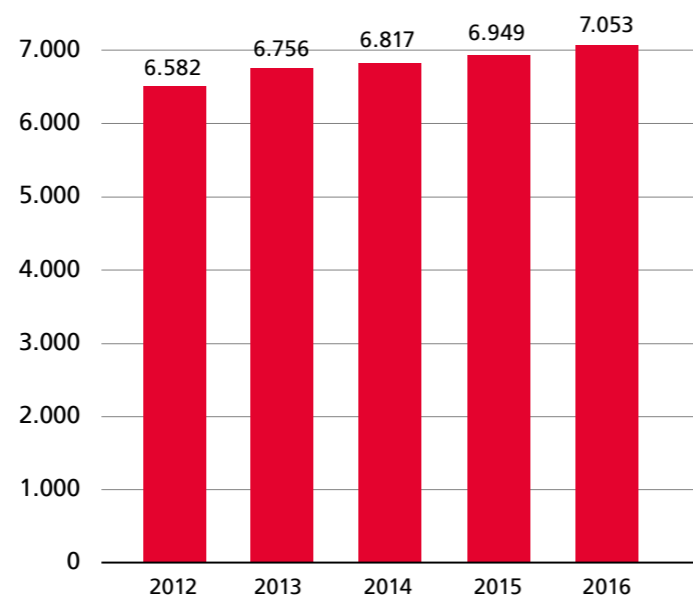
Musik streamen, chatten oder online lernen, Unternehmensdaten mit der Cloud verwalten oder Geschäftsprozesse digital abwickeln – ohne Netz geht nichts. Die Breitbandversorgung in Niedersachsen ist besser als in Deutschland insgesamt: Nach aktuellen Zahlen des TÜV Rheinland von Mitte 2016 haben in Niedersachsen

- 81,1 Prozent der Haushalte mindestens 30 Megabit/Sekunde (Mbit/s), (bundesweit 80,7 Prozent),
- 73,0 Prozent der Haushalte mindestens 50 Mbit/s (bundesweit 71,2 Prozent),
- 66,0 Prozent der Haushalte mindestens 100 Mbit/s (bundesweit 64,9 Prozent).

Ziel der Breitbandstrategie der Landesregierung ist, bis 2020 alle Haushalte im Land mit einem Breitbandanschluss für schnelles Internet zu versorgen.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Agrarland Nr. 1 – starke, vielfältige Ernährungswirtschaft in Niedersachsen

390.000 Beschäftigte arbeiten im zweitgrößten produzierenden Wirtschaftszweig in Niedersachsen, Agrarland Nr. 1 in Deutschland und Land der Lebensmittel. Niedersachsen ist heute führend bei der Freilandhaltung von Legehennen: Jedes zweite Freiland- und jedes zweite Bioei kommt aus Niedersachsen. Seit 2013 steigt der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Niedersachsen stetig. Der Einsatz von Antibiotika in der niedersächsischen Tierhaltung hat sich massiv reduziert. Immer weniger Schweinen in Niedersachsen werden die Schwänze kupiert. Das Land hat mit rund 20 Organisatoren das neue Label „Pro Weideland“ auf den Weg gebracht. Mit diesem Label können Molkereien Milch von Kühen auszeichnen, die mindestens an jedem dritten Tag im Jahr auf die Weide kommen. Das Ziel des Weidemilchkonzepts ist die Erhaltung des wichtigen Lebensraums der Weidelandschaft in Niedersachsen unter Berücksichtigung von Tierwohl- und Umweltaspekten.

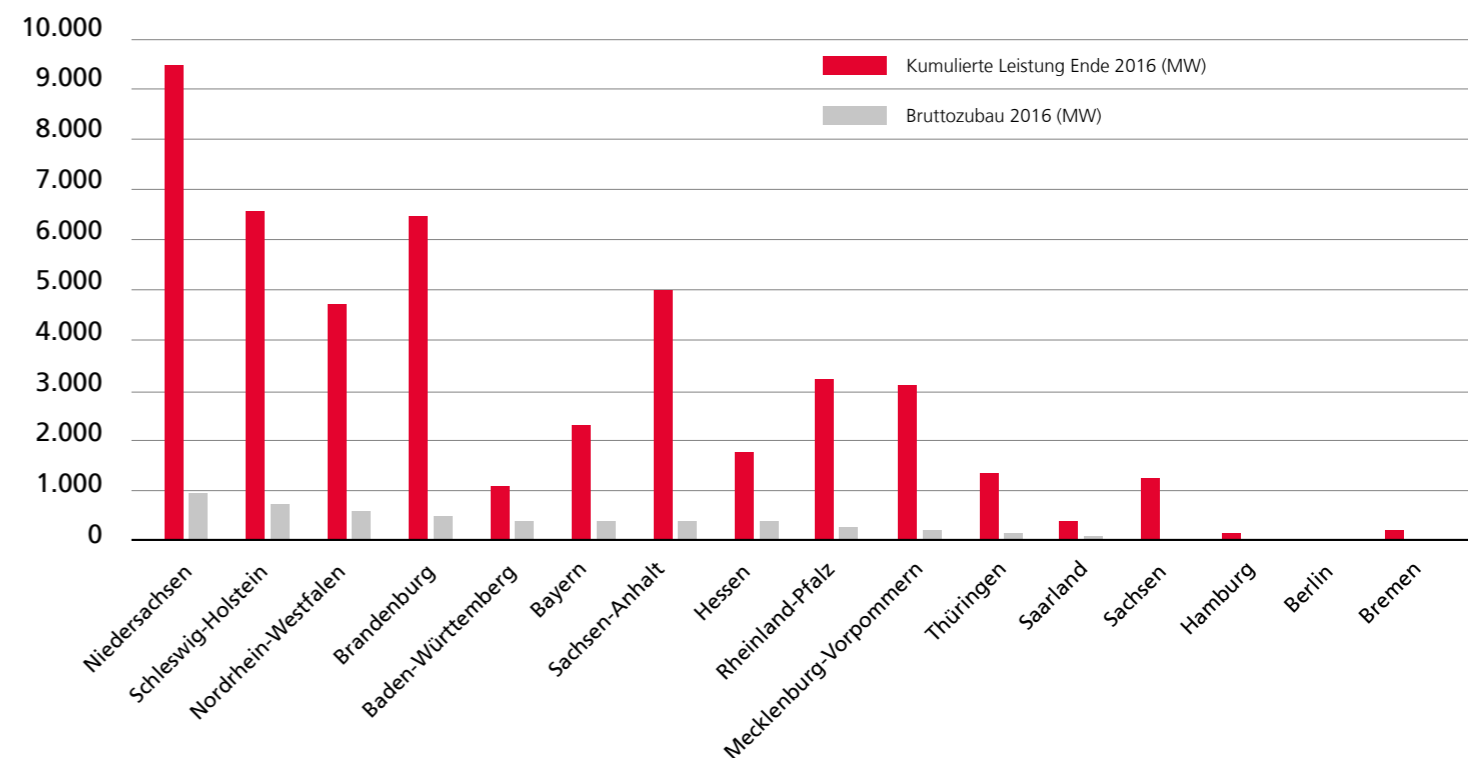
Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

Windenergieland Nr. 1 und Spitzenreiter bei Erneuerbaren Energien

Niedersachsen nimmt seine Schlüsselrolle bei der Energiewende entschlossen an. Im Jahr 2015 stammten bereits 40 Prozent des in Niedersachsen erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien. Damit konnten rechnerisch rund drei Viertel des niedersächsischen Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Mit einer Gesamtleistung von etwa 9.324 Megawatt (MW) stellt Niedersachsen den größten Anteil der in Deutschland installierten Leistung aus Windenergie. Niedersachsen konnte im Jahr 2016 mit 312 Anlagen beziehungsweise einer Leistung von 900 MW den größten Zubau aller Länder verzeichnen. In Niedersachsen belief sich die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Windenergie 2016 auf 32.000. Im Jahre 2016 wurden 5.857 Windenergieanlagen in Niedersachsen betrieben.

Mehr dazu steht im Kapitel „Niedersachsen macht sich stark“.

Windenergieleistung in Megawatt

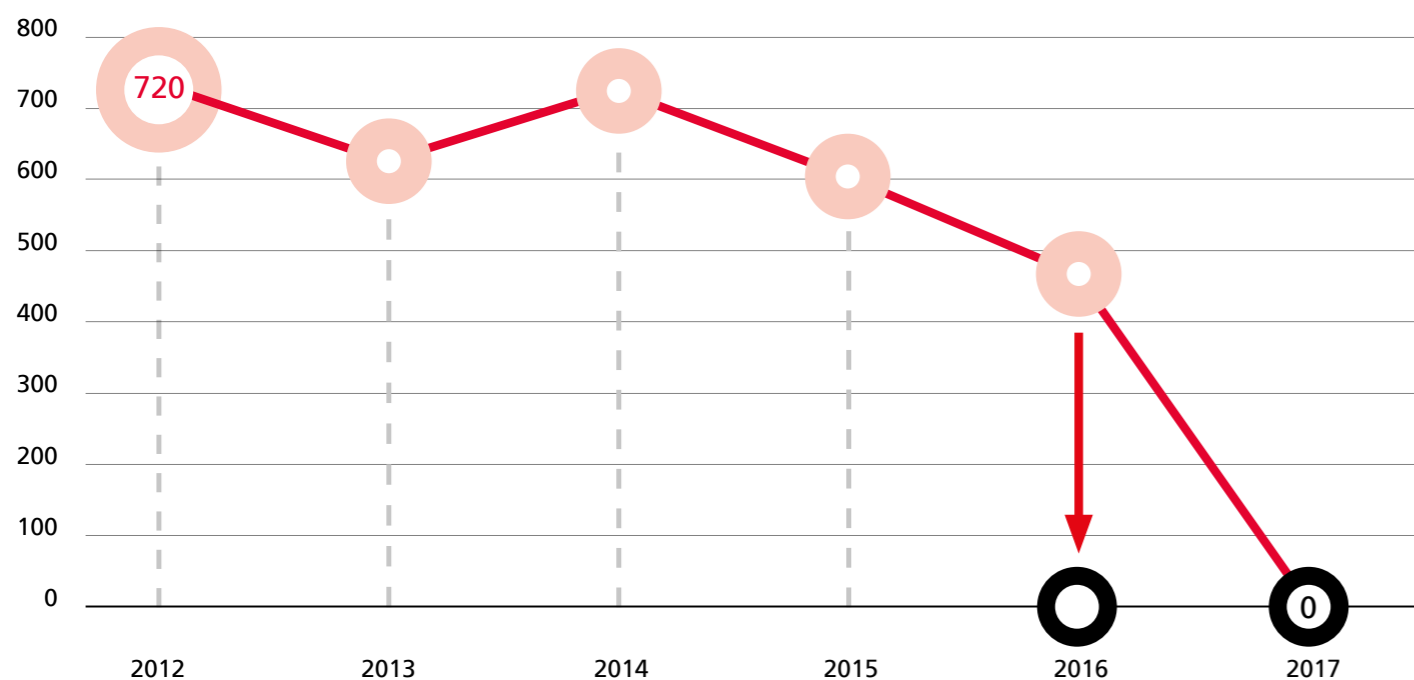


Niedersachsen steht gut da – ein Überblick

Solide Finanzen

Niedersachsen hat den Weg zur dauerhaften Generationengerechtigkeit geebnet. Seit über sieben Jahrzehnten nimmt das Land erstmals keine neuen Schulden auf. Nach dem Verzicht auf die 2016 geplante Nettokreditaufnahme sind neue Schulden in den Folgejahren planmäßig und dauerhaft nicht mehr vorgesehen. Damit wird der grundgesetzliche Auftrag der Schuldenbremse vier Jahre früher als gefordert umgesetzt. Bei alledem haben Land und Kommunen die Herausforderungen von Flüchtlingszuzug und Migration gemeistert und gleichzeitig in wichtige Zukunftsfelder investiert, vor allem in den Bildungsbereich und in die Infrastruktur.

Nettokreditaufnahme (in Millionen Euro)



Quelle: Niedersächsisches Finanzministerium

Niedersachsen ist lebenswert

Lebensqualität und Vielfalt: Niedersachsen lebt in seinen Regionen und Landschaften

Niedersachsen ist ein großes Flächenland. Mit seiner Bevölkerungszahl von rund acht Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht es fast die Größenordnung von Österreich oder Schweden. Reizvolle Landschaften von den Marschen der Nordseeküste bis zu den Mittelgebirgen im Süden mit einer Vielzahl an kulturellen Sehenswürdigkeiten, aber auch attraktive und interessante Städte prägen unser Land.

Es sind die unterschiedlichen Landesteile und Regionen, besonders aber deren Bürgerinnen und Bürger, die Niedersachsen ausmachen. Niedersachsen ist Vielfalt mit hoher Lebensqualität. Niedersachsen ist ein starkes Land in Deutschland und Europa. Ein Land, das sich seiner regionalen Unterschiede und Traditionen bewusst ist, diese pflegt, aber durch eine große Solidarität untereinander zusammenhält und auch weltoffen für Neues ist.

Kultur ist in Niedersachsen zu Hause

Kultur ist eine wichtige Impulsgeberin für neue Ideen und die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Deshalb steigt die Kulturförderung aus Landesmitteln von 2013 bis 2018 um über 18 Prozent auf 235 Millionen Euro. In einem Flächenland wie Niedersachsen ist es dabei wichtig, die Vielfalt kleiner Initiativen in der Fläche genauso im Blick zu haben wie die großen Einrichtungen. Die Landesregierung hat deshalb dafür gesorgt, die Kulturförderung in Niedersachsen insgesamt breiter aufzustellen. Kleine Kultureinrichtungen, die Soziokultur, Kommunale und Freie Theater tragen dazu bei, dass neue Zielgruppen erreicht werden und Kultur für alle erlebbar wird.

Um Kunst und Kultur im Alltag der Kinder und Jugendlichen in den allgemein bildenden Schulen stärker zu verankern, wurde gemeinsam mit der Stiftung Mercator das Projekt „Schule:Kultur!“ (<http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/schulekultur/schulekultur-127886.html>) initiiert. Mit dem Modellprojekt „KuBi Regio“ stärkt das Land die kulturelle Bildung in den ländlichen Räumen. Das Programm verbindet die langjährige Erfahrung der regionalen Kulturförderer mit der Expertise der Hochschulen, um kulturelle Bildung in den verschiedenen Regionen Niedersachsens passgenau und nachhaltig zu stärken. Dafür werden Landschaften und Landschaftsverbände in 2016 und 2017 mit insgesamt 200.000 Euro unterstützt.

Spitze beim Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger

Fast jede zweite Niedersächsin und jeder zweite Niedersachse (über 14 Jahren) engagiert sich in der Freizeit freiwillig. Zwischen 2004 und 2014 sind weit über 500.000 Menschen in Niedersachsen zum ohnehin schon großen Kreis der Freiwilligen hinzugekommen. Niedersachsen hat damit in zehn Jahren seine Engagement-Quote um fast zehn Prozentpunkte steigern können. Noch vor der Flüchtlingsbewegung engagierten sich damit laut der neuesten Erhebung im Freiwilligensurvey 2014 umgerechnet 3,24 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen über 14 Jahren ehrenamtlich.



Das Land unterstützt bürgerschaftliches Engagement mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel, unter anderem mit dem landesweiten Internetportal www.freiwilligenserver.de, Fortbildungsangeboten, dem Wettbewerb „unbezahlbar und freiwillig“ (<http://unbezahlbarundfreiwillig.webseiten.cc/>), einem Versicherungsschutz für Aktive, der Ehrenamtskarte und mit gesellschaftlicher Anerkennung.

Niedersachsen ist lebenswert

Den demografischen Wandel nutzen

Wie kaum ein anderes westdeutsches Land wird Niedersachsen vom demografischen Wandel geprägt. So gibt es vor allem in den Ballungszentren und im Westen steigende Bevölkerungszahlen. Ungeachtet des für ganz Niedersachsen festgestellten Bevölkerungszuwachses (120.000 Menschen in 2015 im Vergleich zum Vorjahr), erleben wir insbesondere in Südniedersachsen und vielen ländlichen Räumen einen erheblichen Bevölkerungsrückgang.

Die Landesregierung hat dies rechtzeitig erkannt und vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ein wichtiger Baustein dabei ist das Zukunftsforum Niedersachsen (<http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/demografie/>). In einem breit angelegten Beteiligungsprozess entwickeln Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam konkrete Handlungsempfehlungen für die Landesregierung.

Das Zukunftsforum hat bereits Empfehlungen für die Bereiche Mobilität & Bildung erarbeitet. Bei rund zwei Dritteln ist die Umsetzung bereits angelaufen beziehungsweise geplant. Außerdem wurden viele positive Beispiele zur Stärkung der Klein- und Mittelstädte und zur Sicherung der Lebensqualität in den Dörfern identifiziert, die als Orientierung für andere Kommunen dienen können. In diesem Jahr ermittelt das Expertengremium gute Beispiele für die Chancen der Digitalisierung im demografischen Wandel.

Insgesamt wurden bereits rund 500 Beispiele guter Praxis identifiziert und ausgewertet. Ein Großteil dieser Projekte werden künftig in der „Vernetzungsplattform ländliche Räume“ öffentlich zugänglich gemacht. Außerdem werden Projekte, die auf Empfehlungen des Zukunftsforums basieren, aus dem neuen Förderprogramm für Demografieprojekte gefördert, welches 400.000 Euro zusätzliche Mittel pro Jahr bereitstellt.

Regionen stärken, Chancen der ländlichen Räume ergreifen

Um den besonderen Bedarfen der unterschiedlichen Regionen gerecht zu werden, bedurfte es einer stärkeren Verzahnung der EU-Förderung mit der regionalen Landesentwicklung. Niedersachsen hat als einziges Land in Deutschland ein Multifondsprogramm für Efre und ESF, das seinerseits eng mit dem Eler-Programm abgestimmt wurde (http://www.stk.niedersachsen.de/startseite/themen/regionale_landesentwicklung_und_eufoerderung/eufoerderung/efre_esf/foerderperiode_2014_2020/multifondsprogramm/multifondsprogramm-efreesf-137398.html). Die Förderprogramme greifen beispielsweise in Bereichen wie der Innovationsförderung und dem Klimawandel bestmöglich ineinander. So entstehen Synergien statt Förderlücken. Die regionalen Handlungsstrategien sorgen dafür, dass die Förderung der Regionen ganzheitlich gedacht und zugleich maßgeschneidert umgesetzt wird.

Mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung wurden an den Standorten Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg wichtige Ansprechpartner etabliert. Die EU-Förderung wird so nicht nur umfassend zwischen den Ebenen verzahnt, sondern vor Ort werden auch möglichst viele Akteure mit einbezogen. Die Landesbeauftragten, die an der Spitze der Ämter stehen, etablieren sich zusehends in ihren Regionen. Die Kommunen sehen sie inzwischen als wichtigste Ansprechpartner in der Regionalpolitik.

Das Südniedersachsenprogramm – eine erfolgreiche Kraftanstrengung

Durch das Südniedersachsenprogramm sollen 100 Millionen Euro für besonders regional bedeutsame Projekte zusätzlich nach Südniedersachsen fließen – dieses Ziel ist nicht illusorisch, sondern in unmittelbarer Sichtweite (<http://www.suedniedersachsenprogramm.niedersachsen.de/startseite/>). Das Land fördert diese Entwicklung mit zusätzlichen Landesmitteln. Inzwischen sind Projekte mit einem Gesamtvolumen von 99 Millionen Euro beantragt. Bereits bewilligt sind Vorhaben mit einem Umfang von insgesamt 78 Millionen Euro. Rund 150 Ideen sind beim Projektbüro Südniedersachsen eingegangen. Sie kommen aus Bereichen, die so vielfältig sind, wie die Region selbst – aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aus Vereinen und Verbänden, aber auch aus Kammern und anderen öffentlichen Institutionen.

Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen

Unter Mitarbeit aller Ministerien wurde der Entwurf für eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land entwickelt. Sie führt die Herausforderungen für das Land in 27 Handlungsfeldern und 60 Indikatoren zusammen. Im nächsten Schritt erfolgt nun die gesellschaftliche Öffnung zur breiten Diskussion und Erweiterung der Strategie. In der „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“ (<http://www.nachhaltigkeitsallianz.de/startseite/>) hat sich das Umweltministerium mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), den Unternehmerverbänden, den Handwerkskammern und dem Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag verpflichtet, durch gemeinsame Maßnahmen in den Bereichen Energie-, Klima- und Ressourcenschutz, darauf hinzuwirken, dass sich Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne in den niedersächsischen Unternehmen und Betrieben etabliert.

Niedersachsen ist sicher

So viele Polizistinnen und Polizisten wie nie

Aktuell verfügt das Land Niedersachsen über insgesamt 21.061 Stellen für den Polizeivollzug und damit über so viele wie nie zuvor in der 70-jährigen Geschichte des Landes Niedersachsen. Die öffentliche Sicherheit in ganz Niedersachsen liegt in den Händen einer modernen, bürgernahen und hochqualifizierten Polizei (<http://www.polizei.niedersachsen.de/portal/>). Die Polizei ist personell und materiell gut aufgestellt. Trotz der anhaltend hohen Arbeitsbelastung kommt sie ihren vielfältigen Aufgaben durch herausragende Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft sowie durch eine hohe Motivation in ausgezeichneter Weise nach. Zur Stärkung der Polizei hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren die Zahl der Stellen bei der Polizei und die Zahl der Polizei-Anwärterinnen und Anwärter deutlich erhöht.

Darüber hinaus wurde als Wertschätzung für ihre Arbeit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erstmals seit zehn Jahren für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, an Wochenenden und Feiertagen die Zulage erhöht. Zudem wurde die Heilfürsorge für Polizistinnen und Polizisten wieder eingeführt, was für viele Beamtinnen und Beamten zwischen 100 bis 150 Euro Ersparnis pro Monat ausmacht.

Bessere Ausstattung der Polizei

Damit die Polizistinnen und Polizisten den gestiegenen komplexen Anforderungen in ihrem Arbeitsalltag gerecht werden können und sie ausreichend geschützt sind, wurde ihre Ausstattung erheblich optimiert. Gerade vor dem Hintergrund der erhöhten Terrorgefahr werden die Beamtinnen und Beamten derzeit mit neuen ballistischen Schutzwesten und sogenannten First-Response-Helmen ausgerüstet. Zudem werden aktuell neue Standardpistolen angeschafft und die Maschinenpistolen werden durch neue Visiereinrichtungen ergänzt. In einer zunehmend digitalisierten Welt ist es von besonderer Bedeutung, die Polizei auch mit modernsten Kommunikationsmitteln auszustatten. Niedersachsen ist eines der ersten Länder, das flächendeckend Tablets im Einsatz- und Streifendienst einführt.



Steigende Aufklärungsquote

Die Zahl der registrierten Straftaten ist in Niedersachsen erfreulicherweise insgesamt zurückgegangen. Die Polizei hat im vergangenen Jahr 561.963 Fälle in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das sind 6.507 beziehungsweise 1,14 Prozent Fälle weniger als im Jahr 2015. Die Aufklärungsquote (Gesamtkriminalität) lag bei 61,41 Prozent und konnte gegenüber dem Vorjahr erfreulicherweise um 0,24 Prozentpunkte leicht verbessert werden. Im Zehnjahres-Trend konnte die Aufklärungsquote damit deutlich verbessert werden, 2007 lag die Quote noch bei 56,86 Prozent.

Prävention und Repression islamistisch-salafistischer Radikalisierung im Blickpunkt

Der Salafismus ist eine besonders radikale und die derzeit dynamischste islamistische Bewegung in Deutschland. Niedersachsen ist bei der Prävention gegen eine islamistisch-salafistische Radikalisierung junger Menschen sowie bei der Verfolgung islamistisch motivierter Straftaten gut gerüstet. Die Sicherheitsbehörden sind im Bereich der Bekämpfung und der Aufklärung des islamistischen Extremismus und Terrorismus umfangreich personell verstärkt worden. Im Bereich der Polizei ging dies einher mit der Einrichtung der „Ermittlungseinheiten Staatsschutz“ bei den Zentralen Kriminalinspektionen.

Die beim Innenministerium angesiedelte „Kompetenzstelle Islamismus-Prävention“ koordiniert die verschiedenen Maßnahmen von Verfassungsschutz, Landeskriminalamt, Justizministerium und Sozialministerium. In einem Fachbeirat sind muslimische Verbände, Wissenschaft, politische Stiftungen, die Beratungsstelle „beRATen e.V.“ (<https://www.beraten-niedersachsen.de/>) und weitere zivilgesellschaftliche Präventionsakteure vertreten. Wesentliches Element der Kompetenzstelle ist das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“ beim Verfassungsschutz, welches im Jahr 2016 um den Phänomen-Bereich Islamismus ergänzt wurde. Auch die beim Landeskriminalamt angesiedelte Präventionsstelle Politisch motivierte Kriminalität (http://www.lka.polizei-nds.de/praevention/politisch_motivierte_kriminalitaet/praeventionsstelle-politisch-motivierte-kriminalitaet-110685.html) beteiligt sich aktiv an der Präventionsarbeit, um islamistische Radikalisierung zu verhindern.

Die Überwachung von Gefährdern und ausreisewilligen Personen des islamistisch-terroristischen Spektrums soll durch den Einsatz von sogenannten elektronischen Fußfesseln im neuen Gefahrenabwehrgesetz verbessert werden. Mit dem Verbot des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim, einem Hotspot der radikal-islamistischen Szene in Deutschland, hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass sie konsequent gegen diejenigen vorgeht, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen.

Das zeigt sich auch darin, dass Niedersachsen als erstes Land den Paragraphen 58a des Aufenthaltsgesetzes („Abschiebungsanordnung“, <https://dejure.org/gesetze/AufenthG/58a.html>) angewendet und zwei Terrorverdächtige aus Göttingen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in ihre Heimatländer abgeschoben hat.

Niedersachsen ist sicher

Konsequente Bekämpfung von Rechtsextremisten und Demokratiefreunden

Die Landesregierung verfolgt einen ganzheitlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, der repressive und präventive Elemente kombiniert. Mit dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, welches beim Landespräventionsrat angesiedelt ist, wurde ein institutioneller Rahmen geschaffen, um die Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern optimal aufeinander abzustimmen. Polizei und Verfassungsschutz sind in das Landesprogramm eingebunden und in engem Austausch. Mit den beiden erfolgreichen Aussteigerprogrammen „Aktion Neustart“ (http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/aktuelles_service/meldungen/aktion-neu-start--das-aussteigerprogramm-rechtsextremismus-91449.html) und „Aussteigerhilfe Rechts“ (<http://www.aussteigerhilfe.rechts.de/>) unterstützt das Land Menschen, die dem Extremismus den Rücken kehren wollen.

Ein Kernelement der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist die sich primär an Schülerinnen und Schüler wendende Ausstellung des Verfassungsschutzes „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“, die in allen Teilen des Landes stark nachgefragt wird.

Darüber hinaus wird die sogenannte Reichsbürgerbewegung von der niedersächsischen Polizei und vom Verfassungsschutz sehr genau beobachtet.

Zuverlässige und schnelle Justiz

Die Justiz in Niedersachsen ist personell gut aufgestellt. Sie erledigt Verfahren schnell und zuverlässig. Die Landesregierung hat auf besondere Belastungssituationen und Herausforderungen in dieser Legislaturperiode vorausschauend durch die Schaffung neuer Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Justiz reagiert.

Mit insgesamt 276 neuen Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten wurde dafür Sorge getragen, dass Personal kurzfristig dort eingesetzt werden kann, wo es benötigt wird. Mit der Schaffung von 169 neuen Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist Niedersachsen dem Ziel einer idealen Arbeitsbelastung in der Justiz ein großes Stück näher gekommen. Für weitere Aufgabenschwerpunkte (beispielsweise im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, der Verfolgung terroristischer und extremistischer Straftaten, der psychosozialen Prozessbegleitung, der Neuregelung des Vollzugs der Unterbringung in Sicherungsverwahrung und der Umsetzung eines Sicherheitskonzepts für Gerichte und Staatsanwaltschaften) wurden zusätzlich 177,5 Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten bereitgestellt.

Insgesamt wurde mit 622,5 neuen Stellen die Effektivität der Justiz weiter gestärkt.

Besserer Schutz für Opfer von Straftaten

Seit 2013 gibt es in Niedersachsen kostenfrei psychosoziale Prozessbegleitung von Opfern im Strafverfahren (<http://www.opferschutz-niedersachsen.de/>). Durch landeseigene Qualitätsstandards und effektive Organisationsstrukturen unterstützt das Land besonders belastete Opferzeuginnen und Opferzeugen im gesamten Strafprozess einschließlich des Vorfeldgeschehens und der Nachbereitung des Prozesses. Seit 2013 besteht bei der Geschäftsstelle des Landespräventionsrats (<http://lpr.niedersachsen.de/>) die Fachstelle Opferschutz, die Informationsangebote für Opfer von Straftaten vorhält und Zugang zu Beratung ermöglicht.

Opfer werden dadurch entlastet, dass sie einen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegenüber der Vollzugsbehörde erhalten, wenn die Täterin oder der Täter wieder auf freien Fuß gelangt oder Vollzugslockerungen gewährt werden. Dabei besitzen sie ein Wahlrecht, ob sie die Unterstützung einer Opferhilfeeinrichtung in Anspruch nehmen oder die Auskunft direkt von der Justizvollzugsanstalt erhalten möchten.

Reform des Strafrechts vorangebracht

Gemeinsam mit anderen Ländern wurde erreicht, dass mit der Änderung des Strafgesetzbuches endlich auch sexuelle Handlungen ohne Einverständnis unabhängig von Gewalt oder der Gegenwehr unter Strafe stehen. In diesem Zusammenhang sind auch die Vorfälle in der Silvesternacht 2015 in Köln zum Anlass genommen worden, sexuell motiviertes „Grabschen“ in einem neuen Tatbestand der sexuellen Belästigung unter Strafe zu stellen. Nein heißt Nein!

Auf Initiative Niedersachsens hat der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Verbesserung des Schutzes des Persönlichkeitsrechts von Verstorbenen sowie zur effektiven Bekämpfung der sogenannten Gaffer in den Bundestag eingebracht.

Jugendarrestvollzug grundlegend reformiert

Mit dem Jugendarrestvollzugsgesetz wurde eine den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechende und konsequent am Erziehungsgedanken ausgerichtete gesetzliche Grundlage für den Vollzug des Jugendarrestes geschaffen. In der neu gegründeten Jugendarrestanstalt Verden werden junge Arrestantinnen und Arrestanten durch intensive Fördermaßnahmen auf ein künftiges straffreies Leben vorbereitet.

Resozialisierung verbessert

Eine erfolgreiche Resozialisierung ist gleichzeitig der beste Opferschutz. Sie kann nur gelingen, wenn alle Akteure gemeinsam an dem langwierigen Prozess arbeiten.

Mit dem Ausbau des Programms „Schwitzen statt Sitzen“ (http://www.mj.niedersachsen.de/themen/strafrecht_soziale_dienste_und_opferhilfe/schwitzenstattsitzen/schwitzenstattsitzen--10362.html), der besseren Verzahnung der Arbeit von Justizvollzug, Ambulanten Justizsozialdienst und Anlaufstellen für Straffällige und mit der Stärkung des offenen Vollzuges wurden die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Resozialisierung von Gefangenen verbessert.

Psychiatrische Versorgung im Justizvollzug gestärkt

Bis Ende des Jahres 2017 werden die stationären psychiatrischen Behandlungsmöglichkeiten innerhalb der Justizvollzugsanstalten von bisher 39 auf annähernd 100 Plätze ausgebaut. Neue Stellen für Psychiaterinnen und Psychiater wurden geschaffen und qualifizierte Fachärztinnen und -ärzte gewonnen.

Niedersachsen macht sich stark

Starke Wirtschaft – starkes Land

Niedersachsen ist ein hoch entwickelter, attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort mit modernen Industrien und innovativen Dienstleistungen. Mit ihrer Politik stärkt die Landesregierung die Unternehmen in den niedersächsischen Leitmärkten: Mobilitätswirtschaft mit Automotive und Luftfahrt, Material- und Produktionswirtschaft, insbesondere Leichtbau sowie Stahlbau, Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Gesundheitswirtschaft einschließlich Life Science, Tourismus, Maritime Verbundwirtschaft sowie Digital- und Kreativwirtschaft.

– Beispiel Automotive:

Niedersachsen unterstützt die entscheidenden Entwicklungen für die Mobilität der Zukunft: Elektromobilität und autonomes Fahren. So hat sich das Land erfolgreich für eine gesetzliche Zulassungsprämie für Elektroautos stark gemacht, fördert den Ausbau der Ladeinfrastruktur und setzt sich für die Batterieproduktion in Niedersachsen ein.

– Beispiel Energie:

Die Offshore-Windenergie ist ein wichtiger Baustein der zukünftigen Energieversorgung Deutschlands. 2015 ist dem Land ein großartiger Ansiedlungserfolg gelungen: Der Weltkonzern Siemens schafft im Deutschen Offshore-Industriezentrum in Cuxhaven bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze. Hinzu kommen viele weitere in Zulieferbetrieben. Und im Frühjahr 2017 hat die japanische Wirtschaftsförderorganisation Nedo entschieden, in Varel im Landkreis Friesland einen riesigen hybriden Batteriespeicher mit 24 Millionen Euro zu fördern. Das Gemeinschaftsprojekt des niedersächsischen Energieversorgers EWE und japanischer Unternehmen soll in Zeiten der Erneuerbaren Energien mit schwankender Einspeisung die Stabilität der Stromversorgung absichern.

– Beispiel Ernährungsindustrie:

Über das Technologietransferzentrum beim Deutschen Institut für Lebensmitteltechnik arbeiten Unternehmen der Ernährungsindustrie intensiv mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammen und erhalten so den Zugang zu innovativen Technologien.

– Beispiel Gesundheitswirtschaft:

Wichtige Felder sind regenerative Medizin, Neurowissenschaften sowie (Bio-)Medizintechnik und Implantate. Mit Unterstützung des Landes wurden Projekte angestoßen wie „vitabook“ für Patienten und ein digitaler Implantatausweis mit vollständiger Dokumentation der jeweiligen Implantate. Der „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft“ bezieht den Kernbereich der gesundheitlichen Versorgung mit ein, wie beispielsweise die Gesundheitsregionen, Fachkräftesicherung, Gesundheitsversorgung und Pflege.

– Beispiel Maritime Wirtschaft:

Die leistungsstarke maritime Wirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Der „Hafen Niedersachsen“ mit seinen 15 spezialisierten landeseigenen Seehäfen und dem JadeWeserPort bietet eine gut funktionierende Infrastruktur, einen hervorragenden Umschlagsservice und beste Verkehrsanbindung. So konnte zum Beispiel der JadeWeserPort im Jahr 2016 seinen Umschlag um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf rund 482.000 Standardcontainer (TEU) steigern. Niedersächsische Werften sind in den Bereichen Kreuzfahrt- und Spezialschiffbau Weltmarktführer. Um die Maritime Wirtschaft nachhaltig zu stärken, hat das Land 2016 rund 55 Millionen Euro in seine landeseigenen Häfen investiert.



Innovative Wirtschaftsförderung

Die Landesregierung hat gezielte Förderinstrumente zur Unterstützung der niedersächsischen Wirtschaft entwickelt, vor allem für mittelständische und Handwerksunternehmen. Dazu gehört die Förderung von Start-ups und Gründungen mit Beteiligungskapital, Gründer- und Betriebsmittelkrediten sowie Technologie- und Gründerzentren. Bis zu vier neue Start-up-Zentren im Land und die neue Internetplattform „startup.niedersachsen“ (<http://www.mw.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/startupniedersachsen-bietet-hilfe-fuer-junge-unternehmen-151757.html>) sollen die niedersächsische Start-up-Szene besser vernetzen.

Unternehmen, die mit Innovationen neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln wollen, können Zuschüsse bekommen. Gefördert werden zukunftsweisende Projekte wie zum Beispiel die Entwicklung einer plasmabasierten Wundaufgabe und einer Smartphone-App zum optischen Vermessen von Baumstämmen.

Seit 2013 wurden 45 Projekte wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen in strukturschwachen Kommunen mit insgesamt rund 57,36 Millionen Euro aus Mitteln des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Efre)“ und der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ gefördert. Wichtig ist hier auch die Förderung einzelbetrieblicher

Investitionen: Seit 2013 sind in Niedersachsen über 120 Millionen Euro Fördermittel für 287 Unternehmen in strukturschwachen Gebieten bewilligt worden. Damit wurden Investitionen von 977 Millionen Euro erreicht, über 3.300 neue sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze (davon 400 Ausbildungsplätze) geschaffen und weitere 687 gesichert.

Niedersachsen macht sich stark

Fachkräftesicherung in Niedersachsen

Die Landesregierung hat gemeinsam mit den Partnern am Arbeitsmarkt im Juli 2014 eine Fachkräfteinitiative gestartet, damit die Unternehmen in Niedersachsen auch künftig qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden. Rund 200 Millionen Euro gibt das Land in den Jahren 2014 bis 2020 für die Fachkräftesicherung aus. Dazu zählen

- die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern,
- die Attraktivität und Funktionsfähigkeit des dualen Systems der Berufsausbildung zu stärken durch
 - Öffnung aller allgemein bildenden Schulen für Konzeptionen der Berufs- und Studienorientierung,
 - Unterstützung der Einführung von koordinierter Beratungsstruktur („Jugendberufsagenturen“),
 - Fokussierung des Einstiegssystems in Berufsausbildung,
 - Integration von unversorgten Jugendlichen in Berufsausbildung,
 - Stabilisierung von Berufsschulangeboten in den Regionen Niedersachsens, die Stärkung der beruflichen Weiterbildung, Fachkräftegewinnung für die Pflege,
- mehr Frauen und Mädchen für Mint-Berufe zu motivieren,
- die regionale Bindung durch Weiterbildung zu stärken und
- geflüchtete Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen.

Aktueller Schwerpunkt der Fachkräfteinitiative ist die Unterstützung von Digitalisierungsprozessen durch Weiterbildung und Qualifizierung.

Das Land als attraktiver Arbeitgeber

Der demografische Wandel stellt auch das Land Niedersachsen als Arbeitgeber vor enorme Herausforderungen. Die Landesregierung hat darauf reagiert und schafft mit neuen Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung die Grundlagen für einen starken Staat mit einer modernen und bürgernahen Verwaltung.

Neben der personellen Stärkung beispielsweise im Polizeibereich oder im Bereich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung werden auch in der Niedersächsischen Landesverwaltung neue Nachwuchskräfte eingestellt. Im Jahr 2015 haben erstmals seit fast zehn Jahren wieder 30 Regierungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter ihren Dienst beim Land begonnen. Diese jährliche Einstellung von Nachwuchskräften ist im Jahr 2017 auf 60 verdoppelt worden. Seit 2015 wird außerdem 30 Stipendiatinnen und Stipendiaten an der Hochschule Osnabrück der Einstieg in die Landesverwaltung ermöglicht. Auch in der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt (ehemals höherer Dienst) wurden 73 Nachwuchsjuristinnen und -juristen seit 2013 in den Landesdienst eingestellt.

Das Land Niedersachsen zeigt damit den jungen Menschen, dass es auch im Wettbewerb mit der Wirtschaft ein äußerst attraktiver Arbeitgeber ist (<https://karriere.niedersachsen.de/>).

Chancen des digitalen Wandels nutzen

Im November 2016 wurden neue Leitlinien beschlossen, um den digitalen Wandel positiv zu gestalten und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Eine Auswahl aktueller Projekte:

- Im Juli 2016 hat die Landesregierung das Konzept „Medienkompetenz in Niedersachsen – Ziellinie 2020“ beschlossen. Dieses Konzept soll den Erwerb von Medienkompetenz in allen Bildungsbereichen von der frühkindlichen über die schulische Bildung und Hochschulbildung bis hin zur Erwachsenenbildung sicherstellen und intensivieren.
- Seit Februar 2017 wird gemeinsam mit 25 Pilotschulen und weiteren Follower-Schulen die Niedersächsische Bildungscloud (<http://www.n-21.de/staticsi-te/staticsite2.php?menuid=477&topmenu=477>) entwickelt. Mit ihr wird eine Zusammenarbeit über Schulgrenzen hinaus beispielsweise auch mit Ausbildungsbetrieben und Studienseminaren ermöglicht. Ziel ist es, Lernen unabhängig von Zeit und Ort zu machen.
- Um die niedersächsischen berufsbildenden Schulen als Innovations- und Zukunftszentren auch bei der Digitalisierung zu stärken, hat die Landesregierung das Projekt „BBS fit für 4.0“ (<http://www.nibis.de/nibis.php?menid=9989>) ins Leben gerufen. Mit dem Projekt werden berufsbildende Schulen bei der Ausbildung der Fachkräfte von morgen unterstützt. Dafür wurden für sieben berufsbildende Schulen an vier Standorten „smart factories“ eingerichtet. Hier können sich Schülerinnen und Schüler, aber auch kleine und mittlere Unternehmen vor Ort in einer modernen 4.0-Werkstattumgebung fortbilden.
- Um kleine und mittlere Unternehmen im digitalen Wandel zu fördern, unterstützt das Land Existenzgründungen, neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsprozesse, unter anderem durch Pilotprojekte zu zukunftsfähigen Energiesystemen (beispielsweise „enera“). Wie die Digitalisierung konkret im Unternehmen aussehen kann, zeigen die Kompetenzzentren für Mittelstand und Handwerk, die mit Lernfabriken, Workshops und Roadshows Information, Beratung und praktische Unterstützung bieten. Am 7. März 2017 ist der Startschuss für das „Testfeld Niedersachsen“ für automatisiertes und vernetztes Fahren gefallen – auch dies bietet neue Chancen für kleine und mittlere Unternehmen (<http://www.mw.niedersachsen.de/>

[startseite/digitalisierung/testfeld_autonomes_fahren_/fuer-die-mobilitaet-von-morgen-das-testfeld-niedersachsen-150012.html](http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/digitalisierung/testfeld_autonomes_fahren_/fuer-die-mobilitaet-von-morgen-das-testfeld-niedersachsen-150012.html)).

- Weil sich die Arbeitswelt durch die digitale Revolution massiv verändert, sind Qualifizierung und die Anpassung von Prozessen und Organisation nötig. Das kann nur mit den Beschäftigten gelingen, mit Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Die Landesregierung führt deshalb einen intensiven Dialog mit allen relevanten Partnern, insbesondere mit den Sozialpartnern.
- Die zunehmende Globalisierung im Rahmen der Digitalisierung erfordert stetige Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE), um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das Land setzt sich deshalb für eine steuerrechtliche Anreizregelung für betriebliche FuE-Investitionen ein. Jedes forschende kleine oder mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten soll eine Prämie in Höhe von zehn Prozent der FuE-Personalausgaben erhalten.
- Gemeinsam mit den Hochschulen erarbeitet das Wissenschaftsministerium derzeit eine Digitalisierungsstrategie. Dabei geht es um ein grundsätzliches Umdenken und um ein Umsteuern auf neue Kommunikationswege, auf neue Lehr-Lern-Methoden und neue Formen des Wissensmanagements.
- Ende September 2016 hat die Niedersächsische Landesregierung ihre IT-Strategie für die Landesverwaltung bis 2025 beschlossen. Sie sieht eine Vielzahl von Maßnahmen zur Schaffung einer leistungsfähigen und innovativen Verwaltung vor. Daten werden in Zukunft noch besser durch ein wirkungsvolles Informationssicherheitsmanagement vor den zunehmenden Bedrohungen aus dem Cyberraum geschützt.

Der von der Landesregierung eingesetzte „Digitalrat Niedersachsen“, der die Aufgabe hat, Handlungsoptionen im Hinblick auf den digitalen Wandel zu benennen und die Landesregierung in Zukunftsfragen zu beraten, hat im März 2017 seine Arbeit aufgenommen (<http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/digitalisierung/digitalratniedersachsen/digitalratniedersachsen-150476.html>). Dem Digitalrat gehören 20 Persönlichkeiten an, die die Bereiche Politik, Wirtschaft, Verbände, Wissenschaft und Forschung, Medien, Bildung, Ethik, Arbeit und Verbraucherschutz repräsentieren. Den Vorsitz führt der niedersächsische Ministerpräsident.

Niedersachsen macht sich stark

Aufstieg durch Bildung

Ganztagsschulen gestärkt

Die Schulen in Niedersachsen sollen Orte sein, an denen Schülerinnen und Schüler ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und ihre Interessen entwickeln und Gemeinschaft erleben können. Der Ausbau des Ganztagschulwesens war daher eines der zentralen bildungspolitischen Anliegen der Landesregierung. Der Weg von der Halbtags- zur Ganztagschule markiert eine der größten Reformen des deutschen Schulwesens. Der starken Nachfrage von Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern wird damit Rechnung getragen.

- Im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung ist der quantitative und qualitative Ausbau des Ganztagsbetriebes massiv vorangetrieben worden.
- Mit einem Ausbaustand von mehr als 60 Prozent hat Niedersachsen in der bundesweiten Ganztagschulentwicklung eine Vorreiterrolle in Deutschland eingenommen.
- Im Rahmen der Zukunftsoffensive Bildung wurden die Ganztagschulen ausgebaut: In der Zeit von 2014 bis 2017 wurden dafür zusätzlich insgesamt 434 Millionen Euro aufgewendet (http://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/zukunftsoffensive_bildung/420-millionen-euro-niedersachsen-schnuert-das-groete-bildungspaket-allerzeiten--116783.html).

Grundbildung verbessert

In Niedersachsen können rund 750.000 Menschen nicht richtig lesen und schreiben und gelten damit als funktionale Analphabeten. Die Landesregierung fördert daher die Alphabetisierungs- und Grundbildungsarbeit als wichtige bildungspolitische Aufgabe der niedersächsischen Erwachsenenbildung (insgesamt etwa 1,2 Millionen Euro jährlich). Darüber hinaus stärkt das Land im Sonderfonds zur Unterstützung und Förderung des lebenslangen Lernens die

Entwicklung und Erprobung von berufsbegleitenden oder aufsuchenden Bildungsangeboten zur Verbesserung von Grundbildungskompetenzen bei Erwachsenen seit 2015 jährlich mit insgesamt 500.000 Euro.

Die regionalen Grundbildungszentren sind Ansprechpartner für die Betroffenen und entwickeln und erproben neue Bildungsansätze zur Bekämpfung des Analphabetismus. Sie werden jährlich mit 200.000 Euro unterstützt.

Sprachförderung verbreitert

Die Integration geflüchteter Kinder und junger Menschen wurde zwischen 2014 und 2017 kontinuierlich vorangebracht. Das Land verfolgt das Ziel, Flüchtlinge möglichst rasch in Regelklassen zu fördern.

- Seit 2015 gibt es bei der Landesschulbehörde 15 Sprachbildungszentren; ab dem 1. August 2017 werden es 16 sein. Die Sprachbildungszentren beraten die Lehrkräfte, stellen Materialien zur Verfügung und vernetzen sich mit kommunalen Partnern und Schulen.
- Durch die Abordnung von Lehrkräften in die Erstaufnahmeeinrichtungen werden Kindern und Jugendlichen schon vor Eintritt der Schulpflicht bessere Start- und damit auch Integrationschancen gegeben.
- Für Sprachfördermaßnahmen stellt die Landesregierung im Zeitraum 2017 bis 2021 Personalressourcen im Wert von insgesamt 713 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit den Sprach- und Integrationsprojekten „Sprint“ und „Sprint-Dual“ hat Niedersachsen niedrigschwellige und unbürokratische Maßnahmen entwickelt, damit jugendliche Geflüchtete beim Spracherwerb unterstützt und an das Berufs- und Arbeitsleben herangeführt werden.

Schulsozialarbeit und Lehrerstellen ausgebaut

Der Lehrkräftegewinnung und dem Ausbau der Schulsozialarbeit gilt das besondere Augenmerk der Landesregierung.

- Mehr Lehrerinnen und Lehrer trotz sinkender Schülerzahl: Zwischen 2012 und 2017 stieg die Zahl der Vollzeitlehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen um fast 2.000 von 70.176 (VZLE in 2012) auf 72.013 (VZLE in 2017), obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Schülerinnen und Schüler um rund 60.000 gesunken ist.
- Bessere Möglichkeiten der individuellen Förderung für Schülerinnen und Schüler: Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich von 14,7 Lernende pro Lehrkraft im Schuljahr 2010/2011 auf 13,3 Lernende pro Lehrkraft im Schuljahr 2014/2015 verbessert.
- Das Land übernimmt die Verantwortung für die soziale Arbeit im schulischen Bereich.
- 2016 wurden rund 500 Vollzeitstellen für schulische Sozialarbeit an etwa 650 Haupt-, Real-, Ober- und Gesamtschulen unbefristet eingerichtet. Zuvor waren bereits 100 Vollzeitstellen an 160 Grundschulen, die besonders viele Kinder mit Fluchtgeschichte betreuen, geschaffen worden. Die meisten Schulformen werden damit erstmals nahezu geschlossen und dauerhaft an ihren Ganztagschulen mit sozialpädagogischen Fachkräften ausgestattet.
- Ein mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 vorgestellter 17-Punkte-Aktionsplan hält Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung bereit, unter anderem einen leichteren Quereinstieg und befristete Arbeitsverträge für Sprachförderpersonal.



Mehr Zeit zum Lernen

Schülerinnen und Schüler bedürfen in dem Stress einer herausfordernden, sich schnell wandelnden Lebens- und Arbeitswelt aber auch Zeit zu lernen, sich zu entwickeln und ihren Interessen und Neigungen nachzugehen. Die Landesregierung hat daher als erstes Land das G8-Modell zugunsten des Abiturs nach 13 Jahren wieder abgeschafft. Damit wurde dem Wunsch von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern gefolgt.

Niedersachsen macht sich stark

Gerechter Zugang zu den Hochschulen und Stärkung des Studienerfolgs

Mit der Abschaffung der Studiengebühren hat die Landesregierung 2013 die Grundvoraussetzung zu einem gerechten Zugang zu den Hochschulen geschaffen. Gleichzeitig wurden „Studienqualitätsmittel“ ausgebracht, um die wegfallenden Studiengebühren vollständig zu kompensieren. Dies ist in diesem Umfang bundesweit einmalig. Allein dafür stellt das Land im aktuellen Haushaltsjahr 2017 über 150 Millionen Euro zur Verfügung und gewährleistet damit gute Studienbedingungen auch bei gestiegenen Studierendenzahlen. Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes hat das Land die Beteiligungskultur an den Hochschulen verbessert und die Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt.

Fachhochschulen gut entwickelt

Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm wurden die Grundhaushalte der Fachhochschulen dauerhaft um 64 Millionen Euro angehoben, das Angebot an dauerhaften Studienplätzen deutlich aufgestockt und über 300 neue Professuren an den Fachhochschulen geschaffen. Insgesamt werden damit etwa 3.400 temporäre Studienanfängerplätze dauerhaft abgesichert.

Hochschulen geöffnet

Mit dem Programm „Wege ins Studium öffnen – Studierende der ersten Generation gewinnen“ soll die Zahl der Studierenden, deren Eltern nicht studiert haben, nachhaltig erhöht werden. Es wurden von 2014 bis 2016 elf Projekte mit insgesamt drei Millionen Euro gefördert. (<http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/niedersachsen-oeffnet-wege-ins-studium--121299.html>). Zusätzlich fördert das Land neue Vorhaben für den Zeitraum von 2016 bis 2018 im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogramms.

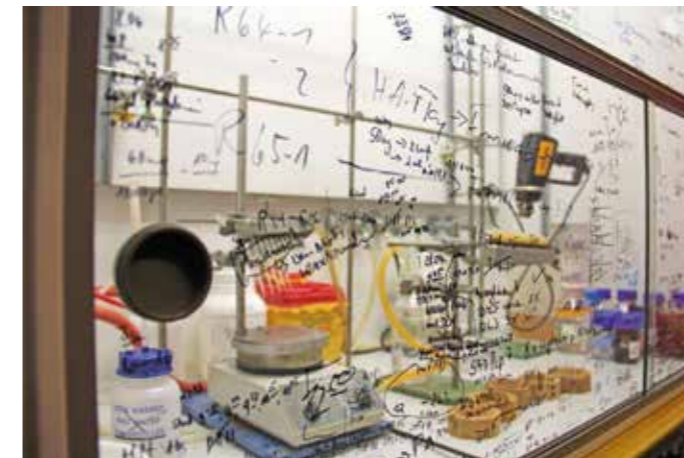
Für gute Aufstiegschancen durch Bildung ist die Öffnung der Hochschulen aus Sicht der Landesregierung eine zentrale Voraussetzung. Neben der Abschaffung der finanziellen Zugangshürde Studiengebühren ist dabei die Qualifizierung der wichtigste Faktor.

Um den Hochschulzugang für Berufstätige mit und ohne Abitur zu stärken, stellt das Land bis zum Jahr 2020 insgesamt 10,6 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und weitere 2,5 Millionen Euro eigene Mittel bereit. Die „Servicestelle Offene Hochschule Niedersachsen“ (<http://www.offene-hochschule-niedersachsen.de/>) befördert gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Kammern, der Erwachsenenbildung und den Hochschulen die Öffnung der Bildungsangebote an den Hochschulen für das Studieren mit dem Beruf oder aus dem Beruf.

Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (Mint) gestärkt

Seit dem Wintersemester 2012/2013 konnte die Zahl der Studierenden in den Fächergruppen Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften deutlich gesteigert werden. Etwa 80.000 Studierende im Mint-Bereich gab es im Wintersemester 2015/2016 an den niedersächsischen Hochschulen. Das sind etwa 12.000 Studierende mehr als noch 2012/2013. Auch die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Mint-Bereich steigt. 40 Prozent aller Neustudierenden haben sich 2015 für Mint-Fächer entschieden. Der Anteil der Mint-Studienanfängerinnen ist von 30,4 Prozent auf 31,4 Prozent gestiegen.

Diese Zahlen belegen den Erfolg zahlreicher Initiativen der Landesregierung in diesem Bereich. Beispiele sind die Förderung des „Niedersachsen-Technikums“, der Institutionalisierte Gesprächskreis Mathematik Schule – Hochschule, die gemeinsame Initiative des Wissenschaftsministeriums und der Landeshochschulkonferenz zur Förderung des Studienerfolgs und zur Fachkräftesicherung sowie die Fachtagung „Mintdenken – Strategien für erfolgreiche Mint-Studienabschlüsse in Niedersachsen“.



Starke Forschungslandschaft

Die Landesregierung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes Niedersachsen. Mit verschiedenen Forschungsförderprogrammen und der Förderung von Einzelprojekten unterstützt sie maßgeblich die Spitzenforschung „Made in Niedersachsen“. Zudem wurden erfolgreiche Kooperationen mit starken Partnern wie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), dem Helmholtz-Zentrum und der Fraunhofer-Gesellschaft auf den Weg gebracht. Zusammen mit dem Programm „Spitzenforschung in Niedersachsen“ (<http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/service/presseinformationen/spitzenforschung-in-niedersachsen-142467.html>) und der Masterplanung Hannover-Braunschweig wurden damit die Weichen in Richtung Exzellenz gestellt. Mit den Leitlinien zur Hochschulentwicklung von 2014 definiert das Land zentrale Themenfelder genauer. Die niedersächsischen Hochschulen sollen Forschung und Innovation stärken und Transparenz in der Forschung gewährleisten. Die forschungspolitischen Zielvorstellungen und Erwartungen des Landes und der Hochschulen wurden zudem in mehrjährigen strategischen Zielvereinbarungen (2014 bis 2018) abgebildet.

Das Land stellt für die Sanierung der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen in den kommenden Jahren die notwendigen Mittel für eine Generalsanierung zur Verfügung. Zudem konnte auf Bundesebene durchgesetzt werden, dass die Finanzierung der Hochschulkliniken in Deutschland verbessert wird.

Um der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften gerecht zu werden, hat die Landesregierung zudem für Transparenz darüber gesorgt, wer an den Hochschulen mit wessen Geldern an welchen Vorhaben forscht.

Niedersachsen macht sich stark

Mobilität und Verkehrsinfrastruktur für die ländlichen Räume

Für eine bessere Mobilität der Menschen in Niedersachsen werden erhebliche Mittel investiert.

- Die Landesregierung setzt für die Landesstraßen seit 2015 jährlich 85 Millionen Euro ein.
- Drei nicht mehr genutzte Bahnstrecken und rund 30 Bahnhaltdepunkte werden so schnell wie möglich für den Personenverkehr reaktiviert, die ersten schon 2017 (http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/verkehr/schiene_und_oeffentlicher_personennahverkehr/reaktivierung_von_bahnstrecken/reaktivierung-von-bahnstrecken-122164.html). Dort, wo es an Schienenstrecken fehlt, fördert das Land künftig mit bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr die Einrichtung von Landesbuslinien.
- Das Land fördert Nahverkehrs-Projekte, unter anderem barrierefreie Zugänge sowie Ladegeräte für Elektrofahrräder und -autos an Park & Ride-Anlagen. Seit 2015 wird die Beschaffung von Omnibussen wieder gefördert. Für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben wie Dieselhybrid- und Elektroantrieb gibt es mehr Geld als für solche mit herkömmlichem Dieselmotor. Und die Förderung von Bürgerbussen ist seit 2013 deutlich gesteigert worden.
- Ein Meilenstein für die Stärkung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) ist das Gesetz zur Sicherung der Ausbildungsverkehre. Mit garantierten Finanzhilfen von 90 Millionen Euro pro Jahr wird insbesondere der Schülerverkehr in der Fläche dauerhaft gesichert. Landkreise und kreisfreie Städte haben seit Anfang 2017 mehr Gestaltungsspielraum. Und sie bekommen dauerhaft 20 Millionen Euro mehr. Vor allem der ÖPNV in den ländlichen Räumen wird damit gestärkt.

- Das „Schaufenster Elektromobilität“ in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg wird mit elf Millionen Euro gefördert.
- Die Landesregierung hat neue Formen der Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten entwickelt und erprobt. Bei dem Dialogforum Schiene Nord fiel in einem demokratischen, transparenten Verfahren die Entscheidung für die sogenannte Alpha-Variante.
- Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 ist es gelungen, deutlich mehr Baumittel als bisher für Niedersachsen zu verbuchen.

Stärkung der Kommunen und ihrer Finanzlage

Nur mit finanzstarken und handlungsfähigen Kommunen ist Niedersachsen zukunftssicher. Vieles wurde auf den Weg gebracht, um die Situation für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Niedersachsen und damit die der Bürgerinnen und Bürger vor Ort weiter zu verbessern. Mit dem neuen Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz hat das Land die Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung für die Kommunen erleichtert und gleichzeitig die Grundlagen für mehr Bürgerbeteiligung geschaffen.

Kommunen, die sich in finanzieller Schieflage befinden, werden mit zahlreichen Maßnahmen unterstützt. So hat das Land den Zukunftsvertrag mit zusätzlich fast 800 Millionen Euro aus-finanziert und die Teilnahmebedingungen für besonders bedürftige Kommunen erleichtert. Mit Stabilisierungshilfen von rund 400 Millionen Euro konnten ein Landkreis und eine Reihe weiterer Städte und Gemeinden in Niedersachsen nachhaltig konsolidiert werden. Allein die Stadt Cuxhaven wurde 2016 mit 187 Millionen Euro erheblich entschuldet.

Besonders einige kleinere Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen erleben seit Jahren große strukturelle Probleme. Deshalb wurden zahlreiche kommunale Zusammenschlüsse sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kreisebene unterstützt. 2013 wurde beispielsweise die Fusion zwischen dem Landkreis Osterode und Göttingen vom Land mit 80 Millionen Euro gefördert.

Steuergerechtigkeit für ein funktionierendes Gemeinwesen

Neben der Haushaltspolitik ist auch das Steuerrecht wichtiger Teil einer soliden und gerechten Finanzierung des Gemeinwesens. Chancengleichheit setzt auch voraus, dass die Steuergesetze gleichmäßig angewandt und vollzogen werden. Hierfür bedarf es angemessen ausgestatteter Finanzämter und Betriebsprüfungsdienste. Das Land hat hierzu ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergriffen und unterstützt:

- Betriebsprüfung und Steuerfahndung wurden personell verstärkt, um insbesondere dem Steuerbetrug konsequenter nachzugehen. Die Einstellungszahlen für die Finanzverwaltung wurden seit Amtsantritt 2013 verdoppelt. Die Landesregierung will damit einen gleichmäßigen und gerechten Steuervollzug erreichen. Vermieden werden damit Lücken und Engpässe, die durch die Pensionierung und Verrentung knapp eines Drittels der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Jahr 2022 entstünden.
- Das Land hat sich am Ankauf von Steuer-CDs aus dem Ausland beteiligt, um auch auf diesem Wege eine gesetzmäßige Besteuerung sicherzustellen. Das Entdeckungsrisiko für Steuerhinterzieher ist erheblich gestiegen. Damit bekämpft Niedersachsen effektiv die Nichterklärung von Einnahmen auf ausländischen Konten. Für die Zukunft wiederum soll der automatisierte internationale Informationsaustausch solche Ankäufe entbehrllich machen.
- Auch an der Verschärfung der Voraussetzungen für eine strafbefreiende steuerliche Selbstanzeige hat das Land maßgeblich mitgewirkt. Dieses Instrument wurde vor Inkrafttreten der geänderten Rahmenbedingungen entsprechend häufiger genutzt.
- Auf Initiative auch der Niedersächsischen Landesregierung werden vom Bund – mit Blick auf überseeische Briefkastenfirmen – weitere Maßnahmen ergriffen, die den Steuerpflichtigen die Möglichkeit zur Steuerumgehung (unter Zuhilfenahme von Domizilgesellschaften) erschweren und eine präventive Wirkung erreichen. Mit dem vom Land Niedersachsen angestoßenen Vorschlag werden die Möglichkeiten der Finanzverwaltung zur Aufdeckung entsprechender Sachverhalte verbessert, indem die Mitteilungspflichten der Steuerpflichtigen über ihre Beziehungen zu Drittstaaten-Gesellschaften ausgedehnt werden.
- Im Rahmen der Erbschaftsteuerreform im Jahre 2016 hat sich die Landesregierung erfolgreich für eine angemessene Besteuerung des Betriebsvermögens eingesetzt, die gleichzeitig Arbeitsplätze sichert und Rechtssicherheit für die mittelständische Wirtschaft schafft.

Niedersachsen macht sich stark

Energiewende und Atomausstieg

Niedersachsen ist führend bei der installierten Leistung von Windkraft an Land und bei Biogas. Zugleich wird dafür gesorgt, dass die Irrwege der Vergangenheit verlassen werden. Den anderen Ländern und dem Bund wurde mit einem Kraftakt die Zusage abgerungen, dass keine weiteren Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben gebracht werden. Sie werden jetzt auf andere Länder verteilt.

Durch diese Beharrlichkeit des Landes ist es gelungen, dass sich Bund und Länder im Rahmen der Arbeit der Endlagerkommission auf eine neue, bundesweite ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager geeinigt haben.

Zugleich sind die Sicherheit und das Alterungsmanagement von Atomanlagen eine immer anspruchsvollere Aufgabe in Niedersachsen. Nur schrittweise und unter höchsten Sicherheitsansprüchen werden die Stilllegung und der Abbau von Kernkraftwerken mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung vorankommen. Spätestens in fünf Jahren wird Niedersachsen frei von Atomstrom sein. Das nukleare Erbe wird aber im Land leider noch viele Generationen beschäftigen.



Potenziale für Klimaschutz genutzt

Am Runden Tisch Energiewende wurde von der Landesregierung mit 50 verschiedenen Institutionen ein gemeinsames Leitbild zur Energie- und Klimaschutzpolitik entwickelt und beschlossen. Die Treibhausgasemissionen sollen auf Grundlage der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent nachhaltig gesenkt werden. Die Energieversorgung soll demnach bis 2050 auf bis zu 100 Prozent erneuerbare Energiequellen umgestellt werden. Weiteres Ziel ist ein möglichst vollständiges Ausschöpfen der Potenziale für Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Die in 2015 vom Land neu gegründete „Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen“ (Kean) setzt weitere Impulse für Investitionen in Energieeffizienz und -einsparung. Sie berät landesweit zahlreiche Akteure (<https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/>).

In Niedersachsen wurden beispielsweise in 375 Kommunen 1.355 Vorhaben im Gesamtwert von rund 62 Millionen Euro aus der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert. Investive Klimaschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel Energiesparmodelle in Schulen und Kitas, werden damit in den Kommunen unterstützt. Damit liegt unser Land im Ländervergleich auf Platz drei. Durch gezielte Beratung der Kean ist die Zahl neu geförderter Masterplankommunen so hoch wie in keinem anderen Land. Auch die Zahl der regionalen Klimaschutzagenturen wächst.

Zusätzlich stockt das Land die KfW-Förderung für Quartiersmanager von 65 Prozent auf 85 bis zu bis 95 Prozent (maximal 10.000 Euro) auf, um Klimaschutz und Gebäudesanierung voranzutreiben. Damit hat sich beispielsweise das eingeworbene Fördermittelvolumen aus KfW-Programmen allein von 2015 auf 2016 verdreifacht.



Sanfte Wende für eine zukunftsfeste Agrarwirtschaft eingeleitet

Das Ziel der Landesregierung ist es, Niedersachsens Agrar- und Ernährungswirtschaft mit der sanften Agrarwende dauerhaft fit für die Zukunft zu machen. Kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe und damit die ländlichen Räume werden stärker gefördert. Die niedersächsische Agrar- und Ernährungswirtschaft wird verbraucher-, umwelt- und tiergerecht neu aufgestellt. So bleibt Niedersachsen Agrarland Nr. 1 – quantitativ und zunehmend auch qualitativ. Die Agrarförderung des Landes wurde daher konsequent auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe ausgerichtet. Zudem wurden die Fördermittel zur Unterstützung von Betrieben, die landwirtschaftliche Produkte vor Ort weiterverarbeiten oder regional vermarkten, sowie zur Unterstützung des heimischen Ökolandbaus deutlich erhöht. In der Preiskrise bei Milch und Schweinefleisch der Jahre 2015 und 2016 hat sich Niedersachsen konsequent für Kriseninstrumente zur Sicherung der Betriebseinkommen eingesetzt.

Die Preise für landwirtschaftliche Nutzflächen steigen in Niedersachsen immer weiter und die Flächenkonkurrenz nimmt zu. Daher sollen zusammen mit den Landwirten rechtliche Regelungen zur Reglementierung des Bodenmarktes geschaffen werden. Ziel ist es, örtlich ansässigen Landwirten ein wirksames Vorkaufsrecht einzuräumen, eine Pachtpreisbremse einzuführen und auch kleineren Betrieben die Möglichkeit zu bieten, Boden günstig zu erwerben.

Tierschutzplan umgesetzt – Tierrechte gestärkt

Die Landesregierung will das Tierwohl sichern und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die erzeugten Lebensmittel erhalten. Gemeinsam mit den Landwirten wurde der Tierschutzplan Niedersachsen erfolgreich ins Leben gerufen. Damit ist Niedersachsen zum Vorreiter in Sachen Tierschutz in der Nutztierhaltung geworden. Die Ergebnisse setzen bundesweit Maßstäbe und geben wichtige Impulse für eine nationale Nutztierhaltungsstrategie (http://www.ml.niedersachsen.de/themen/tiergesundheit_tierschutz/tierschutz/tierschutzplan_niedersachsen/). Der Ausstieg aus dem Schnabelkürzen bei Enten und Legehennen ist beschlossene Sache. Neu eingeführt wurden sogenannte Tierwohlprämien. Davon profitieren Landwirte, die ihren Legehennen nicht mehr die Schnäbel kürzen und Schweinehalter, die die Ringelschwänze ihrer Tiere intakt lassen. Das Land hat das Verbandsklagerecht im Tierschutz geschaffen und einen unabhängigen Tierschutzbeauftragten eingesetzt.

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher erweitert

Um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Produkte der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft zu vertiefen, wurde das „Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ (Laves, <http://www.laves.niedersachsen.de/startseite/>) deutlich verstärkt, die Kontrollen im Bereich der Futter- und Lebensmittel wurden intensiviert. Mit der Einführung des Hygienebarometers verbessert das Land die Informationsrechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die niedersächsischen Verbraucherzentralen stehen finanziell wieder auf soliden Beinen, alle Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit der qualifizierten Beratung haben.

Niedersachsen schützt Natur und Umwelt

Umwelt- und Naturschutz gefördert

Die vor dem Abschluss stehende Novelle des Naturschutzgesetzes stärkt den Naturschutz durch bessere Eingriffsregelungen und intensiveren Grünlandschutz. Das Land unterstützt entschlossen „Natura 2000“-Gebiete. 123 dieser Gebiete sind bislang vollständig hoheitlich gesichert. Die verbleibenden werden gemäß einer Vereinbarung mit den federführenden Kommunen bis Ende 2018 gesichert.

Die Agrarwende macht nicht nur die Landwirtschaft zukunftsfest. Sie schützt auch gezielt Natur und Umwelt und trägt zum Erhalt der Lebensgrundlagen bei. Die hohen Belastungen des Grund- und Oberflächenwassers mit Nitrat und Phosphat sind offenkundig. Auf Drängen Niedersachsens gibt es im Bund endlich neue verbindliche Regeln, die dazu beitragen, die ordnungsgemäße und umweltverträgliche Düngung sicherzustellen. Um diese erfolgreich umzusetzen, wurde die Düngüberwachung in Niedersachsen neu aufgestellt.

Auch Antibiotikarückstände aus der Tierhaltung belasten die Umwelt. Niedersachsen setzt die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Nutztierhaltung konsequent um. Erfolge sind klar erkennbar: Seit 2013 ist der Einsatz an Antibiotika in den Mastställen deutlich zurückgegangen.

Eine gesunde Umwelt braucht Agrarlandschaften, die vielen Pflanzen- und Tierarten eine Heimat geben. Auf verschiedene Weise wird in Niedersachsen die Vielfalt auf den Äckern gefördert, von Blühstreifen mit Imkerbonus bis zu Blühmischungen zur Energiepflanzengewinnung, die den Mais ersetzen sollen.

Artenschutz vorgebracht

Der Artenschutz wurde mit viel Aufklärungsarbeit und Unterstützungsprogrammen für entstehende Lasten vorgebracht. Das Landschaftsprogramm zur Verbesserung der Umweltvorsorge für Natur und Landschaft soll zukünftig die fachliche Grundlage für die regionale und kommunale Naturschutzplanung bilden. Das Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ (<http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/moorschutz/moorlandschaften-142875.html>) schafft neue Impulse für den Schutz von Mooren auch als Beitrag zum Klimaschutz.

Im Jahr 2013 ist Niedersachsen dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Mit dem Beitritt zum Netzwerk bekennt sich das Land zu den Zielen der „Charta von

Florenz“ und damit zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft.

Auch die Arbeit der Naturschutzverbände und der freiwillig Engagierten im Naturschutz wird nun stärker unterstützt. Die Schutzgebietsbetreuung wurde durch weitere ökologische Stationen ausgebaut. Das neue, vom Land geförderte Verbändebüro hat seine Arbeit aufgenommen. Kontinuierlich hat das Land die Platzzahl für das „Freiwillige Ökologische Jahr“ (FÖJ) für engagierte junge Erwachsene auf nunmehr 320 erhöht. Zur neuen Naturschutzstrategie: http://www.umwelt.niedersachsen.de/the-men/natur_landschaft/naturschutzstrategie/naturschutzstrategie/niedersaechsische-natur-schutzstrategie-154386.html.

Schutz des Wassers verbessert

Wasser ist die wichtigste Ressource. Deshalb sollen die Oberflächengewässer und das Grundwasser vor Verunreinigungen geschützt werden. Hohe Stickstoffbelastungen durch Landwirtschaft und Verkehr, der unsachgemäße Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder der übermäßige Gebrauch von Antibiotika in der Tier- und der Humanmedizin gefährden die Wasserqualität. Die Landesregierung arbeitet intensiv daran, diese Missstände zu beseitigen – im konstruktiven Dialog mit den Wassernutzern. Auch Antibiotikarückstände aus der Tierhaltung belasten die Umwelt. Niedersachsen setzt die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Nutztierhaltung konsequent um. Die Erfolge sind klar erkennbar: Seit 2013 ist der Einsatz an Antibiotika in den Mastställen um mehr als 44 Prozent zurückgegangen.

Wassergesetz

Mit der anstehenden Novelle des Wassergesetzes verbessert das Land die Rahmenbedingungen für eine eigendynamische Entwicklung der Gewässer. Die Gewässerrandstreifen sollen künftig auch an kleineren Gewässern besser geschützt werden und die Anforderungen an die Gewässerunterhaltung sollen künftig stärker ökologisch ausgerichtet werden.

Grundwasserschutz

Auch der Grundwasserschutz wird gestärkt. Das ist wichtig, weil in großen Teilen Niedersachsens regelmäßig die Nitratgrenzwerte überschritten werden. Deshalb wurden die Vor-Ort-Kontrollen und die Zusammenarbeit zwischen Wasserbehörden und Düngebehörde der Landwirtschaftskammer bei der Überprüfung von Wasser-

schutzauflagen ebenso wie die Beratung und die freiwilligen Vereinbarungen zum Wasserschutz stark intensiviert.

Hochwasserschutz

Beim Elbehochwasser im Sommer 2013 ist Niedersachsen nur knapp noch größeren Schäden entgangen. Die danach eingeleiteten Maßnahmen an niedersächsischen Flüssen mildern Hochwasser ab, sind wertvoll für Flora und Fauna und bieten attraktive Erholungsräume für Menschen. Von 2013 bis 2017 wurden 310 Millionen Euro in die Sicherheit der Menschen hinter den Deichen investiert.

Schutz der Meere

Der Schutz des Weltkulturerbes Wattenmeer wurde durch mehr Ranger und stark nachgefragte Informationszentren zum Nutzen aller Anrainer vorgebracht. Den Meeresschutz hat das Land durch eine Strategie für die Nordsee verbessert. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Müllreduzierung im Meer. Zur besseren Vorsorge gegen Meeresverschmutzungen hat das Land auch den Neubau eines Schadstoffunfallbekämpfungsschiffes beauftragt.

Masterplan Ems 2050

Die Landesregierung bringt Wirtschaft und Umwelt zusammen: An der Ems ist es im April 2015 gelungen, einen seit mehr als zehn Jahren schwelenden Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie zu beenden. Der „Masterplan Ems 2050“ (<http://www.masterplan-ems.info/>) zeigt Wege auf, die Wasserqualität der Ems zu verbessern. Er sichert gleichzeitig Tausende Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektiven in der Region.

Abfallmanagement und Bodenschutz weiterentwickelt

Bei der Untersuchung und Sanierung von Altlasten hat das Land erhebliche Fortschritte erzielt. Mit dem Förderprogramm zum Brachflächenrecycling wurden seit Inkrafttreten der neuen Förderrichtlinie 2015 über 7,7 Millionen Euro aus Efré-Mitteln und Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Im Altlasten-Gewässerschutz hat das Land seit 2013 mit 9,6 Millionen Euro Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen gefördert. Zusätzlich wurde ein Vertrag zur Untersuchung und Sanierung von Rüstungsaltslasten über 30 Millionen Euro abgeschlossen. Der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. hat sich vertraglich verpflichtet, mit fünf



Millionen Euro Untersuchungen von Altlastenverdachtsflächen an ehemaligen Öl- und Bohrschlammgruben zu finanzieren.

Konsequent hat die Landesregierung die Gewerbeaufsicht gestärkt. Viele Tausend Betriebe werden regelmäßig überprüft und beraten, um Lärmschutz, Immissionsschutz, Wasserschutz und Störfallsicherheit noch besser zu gewährleisten. Für die regelmäßige Überwachung besonders umweltrelevanter Industrieanlagen wurde seit 2013 der Immissionsschutz gestärkt. Diese Anlagen werden in regelmäßigen Abständen einer Vor-Ort-Besichtigung unterzogen. Für die Inspektionen wurden 25 zusätzliche Stellen im Bereich der Gewerbeaufsicht geschaffen. Infolge des niedersächsischen Filtererlasses wurden die Staub-, Ammoniak- und Geruchsemissionen aus Tierhaltungsanlagen erheblich reduziert.

Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung gefördert

Wissenschaft trägt eine hohe gesellschaftliche Verantwortung, wenn es darum geht Zukunft zu gestalten. Mit dem Förderprogramm „Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung“ fördert die Landesregierung deshalb zukunftsweisende Forschungsprojekte, die sich mit Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Energiewende, der Mobilitäts-, Ernährungs- oder Agrarwende beschäftigen. Hierfür stehen über das „Niedersächsische Vorab“ der Volkswagen-Stiftung insgesamt 24,8 Millionen Euro in den Jahren 2015 bis 2021 für die Förderung von Forschungsverbänden zur Verfügung. Weitere Mittel sollen darüber hinaus bereitgestellt werden.

Zur Vermeidung von Tierversuchen in der Wissenschaft wurde der neue Forschungsverbund „R2N – Replace und Reduce aus Niedersachsen – Ersatz und Ergänzungsmethoden für eine zukunftsweisende biomedizinische Forschung“ (http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/forschung/forschungsfoerderung/forschungsverbund_r2n/alternativen-zu-tierversuchen-in-der-forschung-152008.html) auf den Weg gebracht und mit 4,5 Millionen Euro gefördert.

Niedersachsen hält zusammen

Generationengerechtigkeit

Familien werden vielfältig unterstützt, unter anderem durch die Förderung von Familienbüros als zentrale Anlaufstellen, Mehrgenerationenhäusern, Mütterzentren, Familien unterstützenden Projekten oder Familienbildungsstätten. Durch die Förderung von Familienerholung und -freizeiten wird Familien die Möglichkeit gegeben, sich zu erholen und Kraft für den Alltag zu schöpfen.

Mit der Wiedereinführung des Landesjugendhilfeausschusses und der Einrichtung einer Kinderkommission hat die Landesregierung die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen deutlich gestärkt. Beide Institutionen tragen dazu bei, die Rahmenbedingungen für das Leben von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen kontinuierlich zu verbessern.

Gleichstellung der Geschlechter

Im Dialog mit den Verbänden wurde ein modernisiertes Gleichstellungsgesetz entwickelt, das aktuell dem Niedersächsischen Landtag zur Verabschiedung vorliegt. Mit dem neuen Gesetz wird ein wirkungsvolleres Werkzeug geschaffen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern faktisch umzusetzen. Mit Einführung einer Quotenregelung wird die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorangebracht und die Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf verbessert. Auch die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten werden gestärkt.

Seit April 2015 wurden Programme zur Personalentwicklung geschaffen und ein Karrierenetzwerk für Frauen in Führungspositionen gegründet, an dem bereits 120 Frauen aus dem Landesdienst teilnehmen. Das von der Landesregierung geförderte und in Zusammenarbeit mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durchgeführte Aktionsprogramm „Älter, bunter, weiblicher – wir gestalten Zukunft!“ (http://www.ms.niedersachsen.de/themen/gleichberechtigung_frauen/frauen_demografischer_wandel/98451.html) mit 200 geförderten Projekten ist 2016 abgeschlossen worden.

Im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ wurden in den vergan-

genen Jahren zahlreiche Qualifizierungsprojekte für erwerbstätige und erwerbslose Frauen erfolgreich durchgeführt. Es ist im Rahmen verschiedener Förderaufrufe gelungen, Existenzgründerinnen, Frauen in Führungspositionen, Alleinerziehende, Frauen in Handwerks- und Technikberufen, aber auch Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. Für acht der nunmehr 25 Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft wurden zusätzliche Angebote für geflüchtete Frauen geschaffen.

Gute Arbeit und faire Bezahlung

Kernanliegen der Politik des Landes ist die Umsetzung des Leitbildes „Gute Arbeit“. Dazu zählt eine faire Bezahlung. Mit dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz hat Niedersachsen bereits zum 1. Januar 2014 ein Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen eingeführt. Seit dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn (derzeit 8,84 Euro pro Stunde). In der Folge wurden in kaum einem anderen westdeutschen Land so viele Minijobs in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt wie in Niedersachsen.

Die Landesregierung hat sich außerdem für eine Regulierung der Leiharbeit eingesetzt, um Dumpinglöhne, den Ersatz von Stammbeschafteten und den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. Die gesetzlichen Änderungen sind dazu am 1. April 2017 in Kraft getreten.

Die Herstellung der Entgeltgleichheit von Männern und Frauen, die Begrenzung befristeter Arbeitsverhältnisse durch Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, für die Stärkung der Rechte von Betriebs- und Personalräten sowie für die Sicherstellung und für den Ausbau der Mitbestimmung auf Unternehmensebene sind weitere wichtige Aktionsfelder. Das Personalvertretungsrecht in Niedersachsen wurde zukunftsfähig modernisiert. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die Mitbestimmung der Personalräte in den öffentlichen Verwaltungen wurden gestärkt, unter anderem bei Umsetzungen, der Ablehnung von Urlaub, der Einführung von Telearbeit oder der Befristung von Arbeitsverträgen. Mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen an die Arbeit der Personalräte sind die Freistellungen ihrer Mitglieder erhöht worden.

Starke Gesundheitsregionen

Um die niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte bei der Gestaltung des regionalen Gesundheitswesens zu unterstützen, wurde das Projekt „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ ins Leben gerufen. In den Jahren 2014 bis 2017 werden gemeinsam mit der AOK Niedersachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, den Ersatzkassen, dem BKK Landesverband Mitte und (seit 2017) der Ärztekammer Niedersachsen kommunale Strukturen und innovative Projekte gefördert. Sie haben eine bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung zum Ziel.

Regionale Konferenzen initiieren einen gemeinsamen Diskussionsprozess und gestalten damit Gesundheitsversorgung und -förderung. Sie geben Impulse für die weitere Arbeit in den Gesundheitsregionen und bilden eine hervorragende Ausgangsbasis dafür, die Gesundheitsversorgung der Menschen auf dem Land zu verbessern. Dies bietet den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen die Chance, gemeinschaftlich Veränderungen anzustoßen und bedarfsgerecht zu gestalten. Die Förderung soll auch über 2017 hinaus gemeinsam mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern fortgeführt werden.

Investitionsstau bei Krankenhäusern deutlich reduziert

Mit dem seit dem 1. Januar 2017 aufgelegten Sondervermögen wird Niedersachsen zusammen mit einem jährlichen Investitionsprogramm und dem Strukturfonds rund 1,3 Milliarden Euro in die niedersächsischen Krankenhäuser investieren. Damit wird es erstmals gelingen, den Investitionsstau im Krankenhausbereich deutlich zu reduzieren. Das Land sichert mit diesem umfangreichen Investitionsprogramm eine qualitativ hochwertige und gut erreichbare Krankenhausversorgung in Niedersachsen. Es gewährleistet, dass die bauliche und medizinisch-technische Infrastruktur in den Krankenhäusern umfassend optimiert wird. Hiervon profitieren jährlich rund 1,7 Millionen Menschen, die in Niedersachsen einer Krankenhausbehandlung bedürfen.

Pflege in Niedersachsen gestärkt

In der Pflegepolitik sind die Weichen für morgen gestellt worden, damit auch in Zukunft eine optimale Versorgung gewährleistet werden kann. Um mehr junge Menschen für die Ausbildung in einem Pflegeberuf zu gewinnen, wurde gesetzlich geregelt, dass Auszubildende in der Altenpflege kein Schulgeld zahlen. Außer-

dem wurden Anreize dafür geschaffen, dass Pflegeeinrichtungen mehr Ausbildungsplätze bereitstellen.

Eine besondere Herausforderung für das Flächenland Niedersachsen ist die Sicherstellung der Pflege. Daher hat das Land ein groß angelegtes Förderprogramm zur Stärkung der ambulanten Pflege in den ländlichen Räumen (http://www.ms.niedersachsen.de/startseite/themen/pflege/pflegeversicherung/staerkung_ambulanten_pflege_im_laendlichen_raum/staerkung-der-ambulanten-pflege-im-laendlichen-raum-144875.html) auf den Weg gebracht, das mit jährlich sechs Millionen Euro ausgestattet ist. Zum 1. Januar 2017 wurde zudem eine Pflegekammer für die in Niedersachsen tätigen Pflegefachkräfte errichtet. Rund 70.000 niedersächsische Pflegefachkräfte aus allen Bereichen erhalten eine berufsständische Vertretung und damit eine starke Stimme.

Mit dem Inkrafttreten des Niedersächsischen Gesetzes über unterstützende Wohnformen wurde außerdem die Gründung ambulant betreuter Wohngemeinschaften vereinfacht (http://www.soziales.niedersachsen.de/soziales_gesundheit/heimaufsicht/nieders-gesetz-ueber-unterstuetzende-wohnformen-nuwg-110.html).

Inklusives Niedersachsen

Niedersachsen beteiligt Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Gemeinsam mit Ihnen hat die Landesregierung seit 2013 wichtige Fortschritte für zu einem barrierefreien Niedersachsen und zu mehr Miteinander erarbeitet. Einiges wurde bereits umgesetzt. Damit wird dem seit 2009 in Deutschland geltenden Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) Rechnung getragen.

Aktionsplan Inklusion

Für die Jahre 2017/2018 haben alle Ministerien gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden verbindlich 211 konkrete Schritte zu mehr Inklusion von Menschen mit Behinderung vereinbart. Eine wichtige Säule dieses zweijährigen „Aktionsplans Inklusion“ ist die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes, die noch in der laufenden Wahlperiode abgeschlossen wird (<http://www.ms.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/landesregierung-praesens-tiert-den-ersten-aktionsplan-inklusion-fuer-niedersachsen-150539.html>).

Niedersachsen hält zusammen



Inklusion an Schulen

Alle Menschen müssen unabhängig von sprachlichen, geistigen oder körperlichen Voraussetzungen ihre Talente entfalten können. Um dies zu erreichen, begleitet das Land die Inklusion in den Schulen mit umfangreichen Ressourcen und einer deutlich gesteigerten Personalausstattung. Insgesamt 986 Millionen Euro wurden zwischen 2013 und 2016 hierfür bereitgestellt (http://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/inklusive_schule/einfuehrung-der-inklusive-schule-104666.html).

Niedersachsen – weltoffen und tolerant

Starke und lebendige Demokratie

Niedersachsen war seit 2004 das einzige Land ohne zentrale Einrichtung für politische Bildung. Im Januar 2017 wurde daher die neue Landeszentrale für politische Bildung eröffnet. Sie hat die Aufgabe, die Menschen mit neuen Formaten und mit neuen Beteiligungsformen noch mehr für Demokratie zu begeistern. Die Landeszentrale ist Impulsgeberin sowie Dienstleistungs-, Koordinierungs- und Vernetzungsstelle für die Akteure im Bereich der politischen Bildung. In Kooperation mit Dritten trägt sie dazu bei, eine umfassende und nachhaltige Angebotsvielfalt im Bereich der politischen Bildung zu fördern. Vor allem die Angebotsvielfalt durch digitale Formate soll erhöht werden.



Niedersachsen ist Einwanderungsland

Seit seiner Gründung ist Niedersachsen ein Einwanderungsland. 17,8 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung haben eine Zuwanderungsgeschichte. Niedersachsen hat gute Erfahrungen mit Zuwanderung gemacht. Seine Innovationskraft basiert auf der Vielfalt und den Potenzialen aller hier lebenden Menschen. Niedersachsen braucht auch künftig den Zuzug von Fachkräften und ihren Familien. Viele Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind in den Jahren 2015 und 2016 zu uns gekommen. Sie flohen vor Krieg, Terror und Verfolgung. Die meisten kommen aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan. Viele kommen aber auch aus Ländern ohne jede Perspektive auf Asyl in Deutschland. Niedersachsen setzt sich deshalb für eine begrenzte legale Zuwanderung im Rahmen der Arbeitsmigration ein.

Integration von geflüchteten Menschen

In den vergangenen Jahren flüchteten viele Schutzsuchende auch nach Niedersachsen. Zunächst hatte ihre Unterbringung Priorität. Inzwischen liegt der Schwerpunkt auf der gesellschaftlichen Integration. Das Land fördert den Spracherwerb, die Integration in Schule, Ausbildung und Arbeit und das Ankommen in der Gesellschaft nach den hiesigen Regeln des Miteinanders. Dank des guten Zusammenwirkens von Kommunen, Land und Bund und des großen Engagements der Zivilgesellschaft ist Niedersachsen auf einem sehr guten Weg (<http://www.fluechtlinge.niedersachsen.de/startseite/>).

Niedersachsen – weltoffen und tolerant

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe

Migrations- und Teilhabepolitik ist ein Schwerpunkt der Landesregierung. Sie hat den Politikbereich aufgewertet durch die Schaffung der Position der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe (<http://www.migrationsbeauftragte-niedersachsen.de/>). Diese nimmt die Interessen von Migrantinnen und Migranten wahr, arbeitet aber auch eng mit den Ministerien zusammen. Durch eine Vielzahl von Programmen und Maßnahmen sorgen die Ressorts für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten, insbesondere im Bereich Bildung und Arbeit.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“

„Niedersachsen packt an“ ist eine Initiative des DGB, der beiden großen christlichen Kirchen, der Unternehmerverbände und der Landesregierung. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den im Landtag vertretenen Parteien, Unternehmen, zahlreichen Verbänden und Organisationen und Einzelpersonen arbeiten sie zusammen, um sich für eine erfolgreiche Integration Geflüchteter zu engagieren. Jede Bürgerin, jeder Bürger in Niedersachsen kann dazu beitragen, dass Geflüchtete bei uns ein neues Zuhause finden.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist eine Plattform zum Austausch mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern (<https://www.niedersachsen-packt-an.de/aktuelles/>). Zusammen werden konkrete Integrationsmaßnahmen im Rahmen von Konferenzen, festen Arbeitsstrukturen und Veranstaltungen entwickelt. Der Runde Tisch „Fluchtursachenbekämpfung“ setzt an den Wurzeln der globalen Migrationsbewegungen an. In dieser Form ist das Bündnis einzigartig.

Integration in den Arbeitsmarkt

Bereits im Jahr 2015 wurde eine Reihe von Modellprojekten gestartet, um geflüchtete Menschen möglichst zügig ins Arbeitsleben zu integrieren. Ein Beispiel ist das „Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“, um jüngere Geflüchtete für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen. Bis Anfang 2017 wurden rund 13,6 Millionen Euro aus Landesmitteln sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt bereitgestellt.

Integration durch Spracherwerb

In Niedersachsen erhalten alle Geflüchteten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder dem Herkunftsland, Zugang zu Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen. Im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen insgesamt mehr als 110 Millionen Euro für Basissprachkurse, Grundbildung und Alphabetisierung, das Nachholen von Schulabschlüssen, Maßnahmen für hoch qualifizierte Geflüchtete, die Qualifizierung von Dozentinnen und Dozenten in der Erwachsenenbildung, für die Qualifizierung von Lehramtsstudierenden und für den Bereich kulturelle Teilhabe zur Verfügung. Der Bedarf an qualifizierten Lehrkräften im Bereich Deutsch als Zweitsprache übersteigt derzeit die vorhandenen Kapazitäten. Um weitere Lehrkräfte zu gewinnen, sollen rund 750 Personen eine Qualifizierung erhalten, 325 davon können an einem Aufbaumodul teilnehmen.

Kulturarbeit mit Migrantinnen und Migranten

Kultur entwickelt sich durch Impulse und durch Austausch weiter. Kulturgeschichte ist immer auch Migrationsgeschichte. Das Land initiiert und fördert vielfältige Maßnahmen im Bereich Kultur, die sich an Menschen mit Fluchterfahrungen richten. Dazu gehören zum Beispiel die regionalen Inter-Kultur-Foren „Cross Culture“ (http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/interkulturforum_cross_culture/-cross-culture--erfolgreicher-auftakt-des-interkulturforums-in-osnabrueck-139220.html), das Sonderprogramm „artists in residence“ (http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/kultur/integration_und_inklusion_durch_kultur/sonderprogramm-zur-kulturellen-integration-von-menschen-mit-fluchterfahrungen-150776.html) oder das „Welcome Board“ (http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/kultur/integration_und_inklusion_durch_kultur/welcome_board/welcome-board-schafft-neue-begegnungsraeume-145976.html).

Niedersachsen ist der Welt zugewandt

Europäisches Niedersachsen

Niedersachsen setzt seit dem Jahr 2013 auf eine noch engere Vernetzung zwischen Europa, dem Land und den Kommunen. Bereits in den vergangenen Jahren, verstärkt ab Mitte 2017 als Vorsitzland der (deutschen) Europaminister-Konferenz (www.europaminister.de) gestaltet die Landesregierung die Themen „Zukunft der EU“ und den „Mehrjährigen Finanzrahmen und die Kohäsionspolitik“ zum Wohle Niedersachsens mit und stärkt die „Soziale Dimension der EU“.

Die Landesregierung engagiert sich für Pilotprojekte zur dualen Ausbildung in Süditalien und Spanien. Auf diesem Weg wird das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung als solidarischer Beitrag in andere EU-Länder exportiert. Damit werden nachhaltige Chancen für Jugendliche geschaffen.

Energieintensive Unternehmen aus der Chemiebranche oder der Stahlindustrie sorgen in Niedersachsen für viele Arbeitsplätze und damit auch für wirtschaftlichen Wohlstand. Seine wirtschaftlichen Interessen vertritt Niedersachsen deshalb auch auf EU-Ebene mit starker Stimme. Ziel ist es, Standorte zu erhalten und neue Produktionsstätten zu schaffen.

Dabei gilt es, gleichzeitig einen modernen und wirksamen Klimaschutz zu verwirklichen. Niedersachsen wirkt intensiv bei der Reform des Europäischen Emissionshandlungssystems mit.

Die Landesvertretung in Brüssel hat sich zu einem offenen Haus mit vielfältigen Gesprächs- und Diskussionsforen entwickelt.

Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit

Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Auch Niedersachsen trägt dazu bei, die Lebenssituation von Menschen in schwächeren Ländern zu verbessern und damit auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Das von der Kommission der Europäischen Union im Jahre 2015 durchgeführte „Europäische Jahr der Entwicklung“ war ein Erfolg. Mit vielen Aktivitäten in Europa, in der Bundesrepublik und in Niedersachsen ist der Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit – auch als ein Beitrag zur Vermeidung von Flucht vor Armut und Hoffnungslosigkeit – in den Vordergrund gerückt: Neun von zehn Europäerinnen und Europäern halten Entwicklungs-

zusammenarbeit für ein überragend wichtiges Thema der EU. Fast drei Viertel stimmen zu, dass sie ein effektives Mittel zur Bekämpfung der irregulären Migration sei.

Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe wurden um zusätzliche drei Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 erhöht. Niedersachsen hat im September 2015 erstmals eigene Leitlinien beschlossen, in denen entwicklungs-, umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Ziele eng miteinander verzahnt sind (http://www.niedersachsen.de/politik_staet/europa_internationales/entwicklungszusammenarbeit/entwicklungspolitik-19848.html).

Impressum

Herausgeberin:
Presse- und Informationsstelle der
Niedersächsischen Landesregierung

V.i.S.d.P.:
Anke Pörksen
Sprecherin der Niedersächsischen Landesregierung
Planckstraße 2
30169 Hannover
Telefon 0511 120-6946
E-Mail pressestelle@stk.niedersachsen.de

Redaktionsschluss: Juni 2017

Bildnachweis: Ole Spata, sofern nicht anders angegeben

Alle Angaben in diesem Werk erfolgten
nach bestem Wissen und Gewissen.

Die Inhalte dieser Veröffentlichung stehen
zur Verfügung unter: www.niedersachsen.de

Diese Veröffentlichung darf, wie alle Veröffentlichungen
der Niedersächsischen Landesregierung, nicht zur
Wahlwerbung verwendet werden.



Niedersachsen. Klar.